

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigengpreis: 50 Pf. für die 3 gepalt. Postzeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von H. Brey. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaisstraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 81.

### Zur Reform der Krankenversicherung.

Der Haushaltsetat des Deutschen Reiches verursacht nicht nur den ihn bearbeitenden Personen und Behörden große Sorgen, sondern auch weiten Kreisen der Bevölkerung. Die Arbeitnehmer sowohl wie die Arbeitgeber suchen nach Wegen und Mitteln zur Balancierung des Etats. Während die Arbeitnehmer eine stärkere steuerliche Heranziehung des Besitzes empfehlen, bringen die Unternehmer einen Abbau der Sozialversicherung in Vorschlag.

Seit Bestehen der Sozialversicherung beklagen sich die Unternehmer über die erdrückenden Soziallasten.

Besonders wird von den Unternehmern mit Zähigkeit und Beharrlichkeit gegen die Krankenversicherung gekämpft. Hier sind es insbesondere die Allgemeinen Ortskrankenkassen, die den Anfeindungen der Arbeitgeber und sonstiger Spießer ausgesetzt sind. Gerade in diesen Krankenkassen machen die Arbeiter von ihrem Mitbestimmungsrecht — hauptsächlich in der Nachkriegszeit — regen Gebrauch. Daher sind diese Einrichtungen den Unternehmern unsympathisch.

Ein Referentenentwurf zur Reform der Krankenversicherung, der bekannt wurde, rückt den Kampf der Unternehmer um die Verschlechterung der Krankenversicherung wieder in den Vordergrund. Neben den wenigen auch von uns erstrebten Vorschlägen enthält der Entwurf jedoch eine Reihe von Bestimmungen, die einen direkten Abbau bedeuten. Da die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände der Öffentlichkeit eine Denkschrift unter dem Motto: „Die Reform der Sozialversicherung eine Schicksalsfrage des deutschen Volkes“ unterbreitet hat, ist es notwendig, daß die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft zu den beiden Reformvorschlägen kritisch Stellung nimmt. Im nachstehenden sollen einige der wichtigsten Vorschläge behandelt werden.

Die in dem Referentenentwurf vorgeschlagene Erweiterung des Kreises der versicherten Personen, durch die die bisherige Verdienstgrenze von 3600 Mk. jährlich erhöht werden soll, entspricht den dauernden Forderungen der freien Gewerkschaften. Leider bestimmt der Entwurf nicht die Höhe der Verdienstgrenze. Die freien Gewerkschaften fordern die Versicherungspflicht zumindest für alle Arbeitnehmer mit einem Jahresarbeitseinkommen von 8400 Mk. Hiergegen kämpfen allerdings die Ärzte mit dem Einwand, daß die Einbeziehung dieser Einkommen unter die Pflichtversicherung eine Einengung ihrer an und für sich schon schlechten Privatpraxis zur Folge habe. Wir sind jedoch der Meinung, daß die Arbeitnehmer mit solchen Einkommen außerstande sind, die in Krankheitsfällen entstehenden Kosten aufzubringen. Der Vorschlag des Referentenentwurfs, wonach Angestellte in höherer oder leitender Stellung, soweit sich ihr Einkommen innerhalb der versicherungspflichtigen Grenze bewegt, ebenfalls versicherungspflichtig sein sollen, kann nur begrüßt werden; denn auch diese Gruppen von Arbeitnehmern befinden sich heute nicht mehr in so glänzenden wirtschaftlichen Verhältnissen, daß sie ohne Krankenversicherung auskommen können.

Ein weiterer Vorschlag des Entwurfs geht dahin, das Recht der freiwilligen Weiterversicherung auf die hinterbliebenen Ehegatten zu erstrecken. Der Entwurf schränkt das Recht der freiwilligen Weiterversicherung jedoch durch Festsetzung einer oberen Einkommensgrenze ein, gibt aber keine bestimmte Grenze an. Diese Einschränkung ist zweifellos ungerechtfertigt.

Besonders empfindliche Änderungen bringt der Entwurf in bezug auf die Leistungen der Krankenversicherung. Hier kann ohne weiteres von einem für die Arbeitnehmerschaft unerträglichen Abbau gesprochen werden. Diese Härte wird auch nicht dadurch beseitigt, daß aus der Kannvorschrift des § 184 RVO. eine bedingte Pflicht zur Krankenhauspflanze gemacht wird. Nach § 182 Ziffer 2 RVO. jegliche Fassung wird ein Krankengeld in Höhe des halben Grundlohnes gewährt, das je nach der Satzung der Krankenkasse gemäß § 191 Abs. 1 RVO. ohne weiteres bis auf drei Viertel des Grundlohnes erhöht werden kann. Hiervon haben viele Kassen insofern Gebrauch gemacht, als sie das Krankengeld in der Regel entsprechend der Familiengröße der Versicherten staffelten.

Der Referentenentwurf gestattet eine Erhöhung des Krankengeldes auf 60 v. H. des Grundlohnes erst vom Beginn der siebenten Woche und gibt dann auch die Möglichkeit, daß für die Angehörigen des Versicherten Zuschläge zum Krankengeld gewährt werden, einschließlich derer der Gesamtbetrag des Krankengeldes drei Viertel des Grundlohnes nicht überschreiten darf.

Der Vorschlag der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände geht dahin, daß das Krankengeld für Ledige 50 v. H. und für Verheiratete ohne Kinder 55 v. H. des Grundlohnes betragen soll. Für jedes Kind sollen weitere 5 v. H. gewährt werden, aber es darf die Gesamthöhe des Krankengeldes 75 v. H. des Grundlohnes nicht überschreiten.

Beide Vorschläge müssen von der Arbeiterschaft abgelehnt werden. Es bedarf keiner näheren Begründung, daß der erkrankte Arbeiter auch in den ersten sechs Wochen des

erhöhten Krankengeldes bedarf; denn kein Arbeitnehmer ist in der Lage, für den Fall der Krankheit besondere Rücklagen zu machen. Andererseits kann der Gesetzgeber den Krankenkassen die bestimmte Staffellung nicht ohne weiteres auferlegen. Die bisherige Übung der meisten Krankenkassen hat vielmehr gezeigt, daß sie die soziale Bestimmung des § 191 Abs. 1 RVO. nicht mißbräuchlich angewandt haben.

Eine weitere unerhörte Härte bringt der Referentenentwurf durch die Vorschrift, daß für die ersten drei Tage der Arbeitsunfähigkeit überhaupt kein Krankengeld gezahlt werden soll. Eine Ausnahme soll nur bei Arbeitsunfähigkeit, hervorgerufen durch Betriebsunfälle, zulässig sein. Dieser Vorschlag bedeutet eine Beseitigung des § 191 Abs. 2 RVO., wonach das Krankengeld schon vom ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit an gezahlt wird bei Krankheiten, die länger als eine Woche dauern oder zum Tode führen.

Der Vorschlag der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände geht noch über den Referentenentwurf hinaus, denn er will, daß das Krankengeld erst vom fünften Tage der Arbeitsunfähigkeit an gewährt wird.

### Sie bilden ewig Kapital.

Das ganze Lohnsystem ist ein Greuel, nicht nur wegen der sozialen Ungerechtigkeit, die es verursacht und verewigt, sondern auch, weil es den, der die Arbeit tut, von dem Zwecke trennt, für den sie getan wird.

Bertrand Russell.

Nach den heutigen Bestimmungen des § 182 RVO. wird das Krankengeld für jeden Kalendertag, also auch für Sonn- und Feiertage, gewährt. Dementsprechend werden auch die Beiträge ebenfalls für jeden Kalendertag berechnet. Hier verlangt der Referentenentwurf sowie auch die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, daß nur für Arbeitstage Krankengeld gezahlt wird. Die Arbeitgeber begründen ihren Vorschlag damit, daß die Mehrzahl aller Ärzte und Praktiker sich darüber einig sein sollen, daß ein Teil der Versicherten das Bestreben zeigt, sich vor Sonn- und Feiertagen nicht mehr gesund zu melden. Dieses soll besonders dann in Erscheinung treten, wenn die hohen Feiertage — Weihnachten, Ostern und Pfingsten — auf das Wochenende fallen. Wenn auch zugegeben werden muß, daß es unter den Versicherten Leute gibt, die dazu neigen, diese Bestimmung in der Krankenversicherung auszunutzen, so kann es sich doch nur um vereinzelte Fälle handeln, die das Gesamtergebnis nicht bemerkbar beeinflussen. Im übrigen bestimmen ja die Ärzte den Zeitpunkt, an dem der Versicherte wieder arbeitsfähig ist. Zu bemerken ist hier noch, daß durch diese Änderung ein Einsparen für den Etat der Krankenkassen nicht in Frage kommt, denn die Arbeitgeber wollen auch gleichzeitig entgegen der jetzigen Übung die Beiträge ebenfalls nur für Arbeitstage berechnen. Praktisch kommt also nur eine Erparnis für den Unternehmer heraus.

Der Referentenentwurf und auch die Arbeitgeber verlangen ferner das Ruhen des Anspruchs auf Krankengeld, soweit der Versicherte Anspruch auf Arbeitsentgelt hat. Auch diese Vorschläge können von der Arbeiterschaft nicht angenommen werden. Sie bedeuten nämlich dadurch, daß sie den § 616 BGB. sowie die Paragraphen 63 HGB. und 133c GO. illusorisch machen, weiter nichts als eine Erhöhung der Profitrate für den Unternehmer. Auf Grund des § 616 BGB. kann der Arbeitnehmer im Falle der Arbeitsunfähigkeit vom Arbeitgeber verlangen, daß ihm dieser für eine verhältnismäßig unerhebliche Zeit den Lohn weiterzahlt. Sollten nun die angeführten Vorschläge Gesetz werden, dann fällt für diese Zeit der Anspruch auf Krankengeld fort. Der § 63 HGB. und § 133c GO. garantieren dagegen den Betriebsbeamten, Werkmeistern, Technikern und Handlungsgehilfen im Falle der Arbeitsunfähigkeit den Lohnanspruch noch auf sechs Wochen, ohne daß der Arbeitgeber das Krankengeld verrechnen kann.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände empfiehlt sogar, zu erwägen, ob nicht an Stelle dieser Änderung der RVO. eine solche der Paragraphen 63 HGB. und 133c GO. vorzunehmen ist. Es wäre dann also der Arbeitgeber im Falle der Arbeitsbehinderung des Arbeitnehmers von der Lohnzahlungspflicht befreit.

Ferner wird in beiden Vorschlägen gefordert, daß die Versicherten für die Ausstellung eines Krankenscheines eine Gebühr zu entrichten haben. Während der Referentenentwurf die Höhe der Gebühr nicht angibt, schlagen die Arbeitgeber eine solche von 1 Mk. vor.

Die Krankenkasse kann nach den jetzigen Bestimmungen (§ 205 RVO.) den Familienangehörigen Krankenpflege gewähren und in ihrer Satzung bestimmen, daß der Anspruch auf Mehrleistungen erst nach einer Wartzeit

von höchstens sechs Monaten nach dem Beitritt entfällt (§ 208 RVO.). Nach dem Vorschlag des Referentenentwurfs erwirbt der Versicherte den Anspruch auf Krankenpflege für seine Familienangehörigen erst dann, wenn er einer Krankenkasse mindestens drei Monate angehört hat. Obwohl die Arbeiter heute kaum so viel verdienen, daß sie sich mit ihren Angehörigen kümmerlich ernähren können, mußte der Entwurf ihnen zu, daß sie während dreier Monate in Krankheitsfällen die Familienangehörigen für diese Arzt, Arznei und eventuell Krankenhauspflanze selbst bezahlen sollen. Nach den jetzigen Bestimmungen der RVO. konnte die Krankenkasse die Familienangehörigen durch die Satzung zur Beteiligung an den diesbezüglichen Kosten verpflichten; sie war dazu aber nicht durch Gesetz gezwungen.

Dadurch, daß die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände die Herabsetzung des Höchstgrundlohnes von 10 Mk. auf 9 Mk. für den Arbeitstag erstrebt, erreicht sie ebenfalls eine Verringerung des Krankengeldes und — was für die Arbeitgeber das Wichtigste ist — eine Verringerung der Beiträge.

Von den Arbeitgebern wird dann noch eine Reihe von Verschlechterungen verlangt, die sich auf die Verringerung des Arbeitnehmerinflusses auf die Errichtung und Verwaltung der Krankenkassen beziehen. Es wird insbesondere eine Erleichterung für die Errichtung von Betriebskrankenkassen beantragt. Nach § 245 Abs. 1 Satz 1 ist die Errichtung der Betriebskrankenkasse von der Zustimmung des Betriebsrats abhängig. Veragt dieser die Zustimmung, dann kann sie auch nicht durch das Arbeitsgericht ersetzt werden. Hier verlangen die Arbeitgeber, daß die mangelnde Zustimmung des Betriebsrats durch die Zustimmung des Oberversicherungsamts ersetzt wird. Sie begründen diesen Antrag damit, daß die Betriebsräte sich hier — nach der Auffassung der Unternehmer — nicht von sachlichen, sondern nur von parteipolitischen Gesichtspunkten leiten lassen. Im übrigen, so behaupten sie, arbeiten die Betriebskrankenkassen billiger und besser. Sie verschweigen hierbei natürlich, daß Betriebskrankenkassen dadurch, daß jeder Arbeitnehmer, der in einem Betriebe mit Betriebskrankenkasse arbeiten will, vorher auf seinen Gesundheitszustand untersucht wird, nur gesunde Mitglieder bekommen. Andererseits verschweigen sie auch, daß die Arbeiterschaft eines solchen Betriebes auch laufend dahin beobachtet wird, wie oft und wie lange jemand krank ist. Es ist doch eine Tatsache, daß der oft kränkelnde Arbeiter bei der ersten Gelegenheit entlassen wird.

Die Arbeitgeber verlangen vor allem auch eine Ersetzung der Wahl des Vorsitzenden. Während der Vorsitzende jetzt in ungetrennter Wahlhandlung gewählt wird, wollen die Arbeitgeber, daß zur Wahl des Vorsitzenden die Mehrheit der Stimmen aus der Gruppe sowohl der Arbeitgeber als auch der Versicherten im Vorstände notwendig ist. In der Begründung hierzu bringen sie zum Ausdruck, daß es ihnen auf die gleichberechtigte Mitarbeit ankommt. Wenn eine Mehrheit bei dieser Wahl nicht zustande kommt, dann soll nach Ansicht der Arbeitgeber das Versicherungsamt einen Ersatzvorsitzenden bestellen. Sie wissen genau, daß die Versicherungsämter meist einen Arbeitgeber zum Vorsitzenden bestellen werden.

Auch bei der Anstellung von Beamten und Angestellten der Krankenkassen wollen die Arbeitgeber ihren Einfluß vergrößern. Hier sollen beide Gruppen (Arbeitgeber und Versicherte) getrennt abstimmen. Die Anstellung soll nur dann erfolgen, wenn die Beschlüsse beider Gruppen übereinstimmen. Bisher genügte die Zweidrittelmehrheit in ungetrennter Abstimmung.

Diese kurze Betrachtung der beiden Vorschläge zur Reform der Krankenversicherung zeigt der Arbeiterschaft deutlich, wohin die Reise auf diesem Gebiete der Sozialversicherung gehen soll. Auch hier kommt weiter nichts dabei heraus, als Sanierung der Reichsfinanzen und Erhöhung der Profitrate für den Unternehmer auf Kosten der Arbeiterschaft. Wenn die Arbeiterschaft und ihre Vertretungen eine Reform der Krankenversicherung anstreben, so ganz bestimmt nicht in diesem Sinne.

Die heutige politische Konstellation, die ihr Gesicht in der jetzigen reaktionären Reichsregierung zeigt, birgt leider die Gefahr in sich, daß die Wünsche der Arbeitgeber Berücksichtigung finden. Einhalt kann dieser sozialreaktionären Bewegung nur durch den festen Zusammenschluß aller Hand- und Kopf-arbeiter in der freien Arbeiterbewegung geboten werden. Joseph Milewczek.

### Gegen den Marxismus, für den Profit.

Weshalb Kampf der Beutelschneider und ihrer Gefolgschaft gegen den Marxismus, wenn der Marxismus doch falsch ist?

Die Besitzenden und Nimmersatten wissen, daß die Lehren Karl Marx ihnen gefährlich werden, weil diese Lehren die Köpfe der Arbeitnehmerschaft klar machen, sie logisch denken lehren, das raffinierte Meinenspiel in Wirtschaft und

Politik zum Zwecke des Gewinnstrebens der Besitzenden aufdecken, und weil sie den Ausweg zeigen. Deshalb senden die Unternehmer durch den „Industrieführerverband“ und durch den „Verein für soziale Aufklärung“ ihre Flugchriften ins Land, lassen sie in den Betrieben verteilen, korrumpieren mit Geld manchen „Wissenschaftler“, damit er die Lehren Marx' totschreibt, alles, um desto ungehinderter ausbeuten zu können. Die Werkvereinszeitungen bekämpfen im Namen der gelben Arbeiter in geradezu lächerlicher Unwissenheit (oder nicht?) den Marxismus im Interesse des Kapitalismus. Selbst die christlichen Gewerkschaften, die längst praktisch im Sinne marxistischen Denkens wirksam tätig sind, machen unter dem Einfluß des rechten (kapitalistisch eingestellten) Zentrumsflügels naiverweise diese Komödie mit und merken anscheinend nicht, wie sie übers Ohr gehauen werden.

Die letzten Vorgänge im Reichstag unter der Regierung Brüning haben wieder manchen christlichen Arbeiter stutzig gemacht. Unter der Führung des Zentrums haben sich alle bürgerlichen, den Besitz vertretenden Parteien zusammengefunden, um einen Deutzezug auf die Taschen der armen Teufel, d. h. der Arbeitnehmer durchzuführen. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben.

Um die Besitzverhältnisse abzubauen und die Zölle für die Großgrundbesitzer (nebst Einfuhrsätzen) ungeheuerlich erhöhen und die Lebenshaltung der Arbeitenden (und Arbeitslosen) noch mehr herabdrücken zu können, mußten neue Massensteuern beschlossen werden. Zuerst wurde das Agrarprogramm, ein Millionengeschenk an den Großgrundbesitz, von den „bürgerlichen“ Parteien angenommen. Dann wurden höhere Steuern beschlossen auf Tabak, Zucker, Bier, Mineralwasser; die Konsumvereine und der Umsatz müssen bluten.

Das ist die Auswirkung des Kampfes gegen den Marxismus, d. h. gegen die Arbeitnehmerschaft, für die Besitzenden. Das ist selbst einigen Zentrumsabgeordneten aus Arbeiterkreisen zu dumm geworden. So hat der Führer der christlichen Konsumvereinsbewegung, der Zentrumsabgeordnete Peter Schlaack, in öffentlicher Reichstagsitzung die Regierung Brüning „die reaktionärste Regierung seit der Revolution“ genannt. Dann schrieb Schlaack einen Brief an die Zentrumsfraktion mit Datum vom 13. April 1930 mit folgendem Wortlaut:

„An die Zentrumsfraktion des Reichstages, Berlin.  
Infolge der heftigen Erregungen der letzten Tage ist mein Gesundheitszustand so erschüttert, daß ich heute nach Hause fahren muß, um einen Zusammenbruch zu vermeiden.  
Ich kann von meinem sachlichen Standpunkte, daß die Zentrumsfraktion und der Reichskanzler Herr Dr. Brüning diese Ausnahmesteuer gegen die Genossenschaften der am schlechtesten gestellten Volksgenossen nicht machen darf, nicht abgehen. Wenn ich bei diesem Kampfe Schärpen gebraucht habe, so bedauere ich das sehr, angeichts der Tatsache, daß ich gerade in die Person des Herrn Dr. Brüning unbegrenztes Vertrauen setze. Dieses Gesetz trifft die Genossenschaftsbewegung der christlichen Arbeitnehmer am schwersten. Sie ist zahlenmäßig nicht so stark, und die Umsätze betragen nur ein Drittel der sozialistischen Richtung. Außerdem ist die letztere infolge ihres Alters der ersteren bezüglich der finanziellen Stärke sehr überlegen.  
Ich habe ein Menschenleben unter den schwierigsten Verhältnissen für die Zentrumsfraktion gekämpft. Wenn dieses Gesetz zustande käme in dieser Fassung, mit Hilfe der Zentrumsfraktion, würde dies mein schmerzliches Erlebnis seit meiner öffentlichen Tätigkeit sein.  
Ich beschwöre deshalb die Zentrumsfraktion, das Gesetz in dieser Form nicht zustande kommen zu lassen. Der Antrag Breitscheid, Nr. 1975, zeigt den Weg, den auch die Zentrumsfraktion beschreiben kann. Mein Dank und auch der Dank der christlichen Arbeiter meiner Bewegung würden der Zentrumsfraktion sicher sein.“

In alter Zentrumsstrene  
Peter Schlaack, M. d. R.“

Der ehemalige Arbeiter Schlaack empörte sich gegen die Zentrumsfraktion, die lediglich im Sinne der Besitzenden liegt und den Armen schwerste Nachteile bringt. Im Zentrum sitzen auch fünf Geistliche, sogar hohe geistliche Würdenträger, als Abgeordnete. Weshalb hat keiner von ihnen seine Stimme erhoben für die Armen? Was hätte den Lehren Jesu entsprochen. Sie haben mitgestimmt für die Reichen, gegen die Armen.

Nun befürchtet das Zentrum vermutlich, daß ihm die Wähler fort und zur Sozialdemokratie laufen. Diese Furcht ist nicht unbegründet, denn die Sozialdemokratische Partei ist eine Arbeiterpartei, was das Zentrum gar nicht sein kann, schon nicht wegen seines rechten Flügels. Um die Flucht aus dem Zentrum und schließlich aus den christlichen Gewerkschaften zu verhindern, hat der christliche Gewerkschaftsverlag Berlin-Wilmersdorf schon beizeiten für ein Ablenkungsmittel gesorgt und eine Broschüre herausgebracht unter dem — ach so neuen — Titel: „Sind die freien Gewerkschaften politisch und religiös neutral?“

„All das dumme Geschwätz aus den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts über die Religionsfeindschaft der freien Gewerkschaften lebt in dieser Broschüre neu auf. Die Broschüre wird in der christlichen Gewerkschaftspresse ausdrücklich als für die Agitation geeignet bezeichnet.“

Der Vorsitzende des christlichen Fabrikarbeiterverbandes, der Reichstagsabgeordnete (Zentrum) Herr Tremmel, hat am 9. März in Würge über das interessante Thema „Religiöse Neutralität der freien Gewerkschaften“ bereits geredet, damit ja die Scheidelinie zwischen christlichen und freien Gewerkschaftskollegen erhalten bleibt.

Herr Tremmel legte klar aneinander, wie (warum wie?) = christlich gesinnter Arbeiter seine Beiträge zu einer Organisation zählen kann, die gegen die Grundsätze des Christentums arbeitet. Herr Tremmel weiß natürlich so gut wie wir, daß keine freie Gewerkschaft gegen die Grundsätze des Christentums arbeitet. Im Gegenteil, die freien Gewerkschaften wollen verwirklichen, was Christus für die Armen erstrebte und wofür ihn die Reichen ans Kreuz geschlagen haben.

Nachdem Herr Tremmel seine Zuhörer ideologisch an das Zentrum gewöhnt hatte, ließ er folgende Entschiedenheit gegen die Zentrumsfraktion einfließen:

1. Die christliche Arbeiterschaft wehrt sich mit aller Entschiedenheit gegen die beschämte ungleiche Verteilung der Lasten, die durch den verlorenen Krieg dem deutschen Volk auferlegt wurden. Die derzeitigigen Bestimmungen, die Festbeträge im Reichsgesetz durch Erhöhung der indirekten Steuern aufzu-

bringen, stoßen bei der christlichen Arbeiterschaft auf schärfsten Widerstand, weil dadurch eine Senkung des Reallohnens herbeigeführt wird.

2. Die christliche Arbeiterschaft des Westermalsches kann nicht begreifen, daß das Reichskabinett zugeben könnte, das Notopfer fallen zu lassen. Nach Ansicht der christlichen Arbeiter müssen die Festbeträge und die steten Verufe nicht nur zu einer einmaligen Sanierung der Arbeitslosenversicherung, sondern zur laufenden Beitragszahlung in derselben Höhe wie die Arbeiter herangezogen werden. Es geht nicht an, daß die Arbeitslosenversicherung nur auf Kosten einer Beitragserhöhung saniert wird, da die Befestigung der Massenarbeitslosigkeit nicht nur Sache der Arbeiterschaft, sondern Pflicht des ganzen Volkes ist.

3. Die christliche Arbeiterschaft wehrt sich mit allen Mitteln gegen den Plan, die Arbeitslosenversicherung durch die Heranziehung der zuviel gezahlten Lohnsteuerbeiträge zu sanieren. Dieser Plan ist rechts- und sittenwidrig und bedeutet eine Maßnahme, die Steuererhebung einseitig zuungunsten der arbeitenden Schichten zu ändern.

4. Die christlichen Arbeiter erwarten, daß sich die ihr nahestehenden Abgeordneten mit aller Entschiedenheit für eine gerechte Verteilung der Lasten einsetzen.

Diese Resolution paßt zu dem Referat des Herrn Tremmel wie die Faust aufs Auge.

Und nun kommt nächstens unter der Regie des Zentrumskanzlers der noch nicht erledigte Akt: Abbau der Arbeitslosenversicherung. Herr Tremmel hat dann Gelegenheit, seinen Parteifreunden, seinen Fraktionskollegen und insbesondere den Herren Geistlichen als Nachfolger Jesu zu sagen, sie möchten der Lehre Jesu entsprechend für die Armen eintreten, so wie es die Sozialdemokratie tut.

### Vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Die aus der kapitalistischen Produktionsweise hervorgehende kapitalistische Aneignungsweise, daher das kapitalistische Privateigentum, ist die erste Negation des individuellen, auf eigene Arbeit gegründeten Privateigentums. Aber die kapitalistische Produktion erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigene Negation. Es ist Negation der Negation. Diese stellt nicht das Privateigentum des Arbeiters wieder her, wohl aber das individuelle Eigentum auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel.

Marx und Engels (Kommunistisches Manifest).

Und wenn wir jenen Leuten, die sich fortgesetzt als Hüter der christlichen Religion anpreisen, sagen, was ihre Pflicht ist gegenüber den armen Teufeln von Arbeitern, so hat das nichts mit Feindschaft gegen die Religion zu tun, Herr Tremmel. Es geht nicht gegen die Grundsätze der Religion, sondern gegen jene, die sich christlich und religiös nennen, aber in der Praxis fortgesetzt gegen die Grundsätze des Christentums verstoßen. Sagen Sie das Ihren Freunden ganz energisch, Herr Tremmel, wenn es an die „Reorganisation“ der Arbeitslosenversicherung geht; denn die Regierung Brüning und die Zentrumsfraktion haben sich, wie Sie jetzt gesehen haben, um die ihren Mitgliedern in Würge angenommene Resolution so wenig gekümmert wie um den Protest ihres Parteifreundes Schlaack. Wir befürchten aber sehr stark: die kapitalistischen Wucherer haben vorerst keine Angst, denn sie wissen, Christus wird mit seinem Strick nicht kommen und die ganze unerfährliche Gesellschaft zum Teufel jagen. Ja, ihr armen Proleten, wie ihr wählt, so werdet ihr bedient!

### Geistige Wandlungen im englischen Gewerkschaftsleben.

Von B. Weingarth.

In der insularen Stellung Großbritanniens liegt es wohl begründet, wenn die Charakteristik des englischen Volkes so ganz anders ist als die aller anderen europäischen Völker. Die insulare Eigenart des Engländern gab häufig Anlaß zu Mißverständnissen, ja sogar Unmut. In den ersten Jahren nach dem Kriege trieb die englische Gewerkschaftsbewegung einen sehr gefährlichen Jidackkurs, was sich besonders auf dem letzten internationalen Gewerkschaftskongress in Paris unliebsam bemerkbar machte. Dieses halboffene Dahinstreben schuf auch im eigenen Lande manchmal sonderbare Situationen. Während man beispielsweise von 1924 bis 1926 für die Einheitsfront mit Moskau die dicke Trommel schlug, schloß die Arbeiterpartei die Kommunisten von ihren Kongressen aus, verhinderte, daß Kommunisten als Kandidaten der Arbeiterpartei aufstufen konnten. Und das Drolligste an diesem halblösen Zustand war, in ihrer Mehrheit werden beide Kongresse von denselben Delegierten besucht. Es bedarf keiner spitzfindigen Vorlegung, um zu beweisen, daß durch solche Zwitfelerstellung Unklarheit und Verwirrung entstehen mußten. Wie war diese geistige Verirrung zu erklären? Zweifellos handelte es sich um unkontrollierbare Nachwirkungen des Krieges, der auch in England verheerende Folgen hinterließ. Wohl blieb England in dem Weltkrieg Sieger, Industrie und Handel aber waren geschwächt, das gesellschaftliche Leben aus den Fugen gerissen. Freilich kam es zu keinem Zusammenbruch, die Staatsverfassung blieb intakt. Die Staatsautorität war nicht verloren gegangen, insofern herrschten ganz andere Verhältnisse als in Deutschland. Es gab auch keine Kämpfe um eine neue Verfassung. Und doch gäbe es an allen Ecken und Enden. Das russische Beispiel wirkte zündend. Hinzu kam, daß die englische Regierung sich für einen reaktionären Kurs entschied. Das wiederum stärkte die Richtung, die an Stelle des alten Parlamentarismus die „Macht der Räte“ setzen wollte. Warum auch nicht? Trotz der offiziellen Beendigung des Krieges zeigte Europa ein Bild wüsten Durcheinanders. Kriegsgelährte und Revolution waren stetige Begleiterscheinungen im Leben der Menschen. In Italien besetzten die Arbeiter die Fabriken (1921), die rote Fahne wehte auf den Dächern. In Ungarn regierten die Sowjets. Viele lebten in dem Glauben, das Ende der kapitalistischen Ordnung der Dinge sei in Anzage. Es bedürfte nur eines Stoßes, um das „alte marische“ Gebäude in den Abgrund zu stürzen.

Hält man heute Rückschau auf den Gang des Weltgeschehens der letzten elf Jahre, so erkennt man leicht die Ursache der gescheiterten Illusionen der ersten Nachkriegsperiode. Freilich ist es billig, darüber nachzuspitzieren, warum nicht überall wie in Rußland gehandelt wurde. Deutschland, England, oder gar Italien sind aber nicht Rußland. Das industrielle Leben Rußlands war erst schwach entwickelt. Die Bourgeoisie betrug kaum mehr als 10 v. H. der Gesamtbevölkerung. Ganz anders waren die Dinge in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern. In Italien wurde doch der Faschismus nur deshalb zur machthabenden Partei, weil es den Arbeitern 1921 nicht möglich war, die besetzten Fabriken im Handumdrehen zu leiten. Zwar ging die Bewegung Englands nicht so weit. Was, was an revolutionären Kräften vorhanden war, brach Ende 1920 lang- und klanglos zusammen. Den eigentlichen Höhepunkt erreichte die revolutionäre Bewegung Englands beim Generalstreik 1926, über dessen Verlauf zur Zeit an dieser Stelle berichtet wurde. Das Ganze endete mit einem Fiasko.

Typisch englisch war freilich die Form, in der sich der geistige Umschwung vollzog. Dieselben Führer, die noch kurz vor dem Generalstreik von der „Einheitsfront“ mit dem Bolschewikis träumten, sprachen nun plötzlich vom „Wirtschaftsfrieden“, fielen, wie gesagt, ohne Skrupel von einem Extrem ins andere. Das Unbegreiflichste des Umschwungs war, von einem „Bürgerfrieden“ mit dem Unternehmertum sprach man zur Zeit, als die konservative Regierung aus Rache für das Experiment des Generalstreiks ihre koalitionsfeindliche Gewerkschaftsvorlage im Parlament zum Gesetz erheben ließ. Es war im Herbst 1927, wo George Hicks, damaliger Präsident des Gewerkschaftskongresses, in seiner Eröffnungsrede u. a. sagte:

„... der Apparat des Schlichtungswesens kann viel besser ausgebaut werden, als es bis jetzt der Fall ist. Aber auch direkte Besprechungen zwischen Vertretern der Arbeiter und Unternehmer dürfen nicht ins Hintertreffen kommen. Mehr als zweifelhaft ist es, ob für die Ausdehnung und Verfeinerung des Schlichtungswesens alles getan wurde, was getan werden konnte. Es gibt viele Probleme, die auf dem Wege der Verhandlung geklärt werden können.“

Das war „der neue Weg“, den der Gewerkschaftskongress 1927 einschlug. Die „Kriegsphilosophie“ wurde endgültig begraben. Was war der Grund zu diesem plötzlichen, geradezu erstaunlichen Umschwung? Ein Blick auf die deutsche Geschichte gibt den Schlüssel hierzu. Trotz aller revolutionären Aufwallungen in Deutschland vergaßen es die deutschen Gewerkschaften nicht, eine Gewerkschaftslegislation zu schaffen, die in der Welt ihresgleichen nicht findet. Wohl hörte man in der deutschen revolutionären Epoche häufig die Klage, die Revolution sei zu einer Lohnfrage heruntergedrückt worden. Bis zu einem gewissen Grade ist das in der Tat richtig. Die „Lohnfrage“ war das Resultat einer „Ursache“. Was in den ersten Tagen der Revolution geschah, war grundlegend für den deutschen Wiederaufbau: Schaffung des deutschen Tarifrechts, des Schlichtungs- und Betriebsrätewesens. Die Sucht zum Putsch verpuffte schließlich, was aber blieb, das war die verfassungsmäßige Verankerung des Tarifrechts mittels dem Schlichtungswesen. Heute darf jeder einzelne Gewerkschafter mit Stolz auf diese Errungenschaften blicken. Wohl hatten vor dem Kriege die meisten von uns alle Hoffnung, auf die „Eroberung der politischen Macht“ gesetzt, nun stellte sich heraus, wichtiger vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus betrachtet ist es, den Kampf um mehr wirtschaftliche Macht zu führen. Der Kampf um die Wirtschaftsdemokratie begann.

Freilich tobte auch in England in den ersten Nachkriegsjahren der Kampf um die „industrielle Demokratie“ (wie es im Englischen heißt). Durch Gesetz wurden die Industrieräte geschaffen, als Mittel zur Einleitung der Demokratisierung der Wirtschaft. Was man jedoch vergaß, war, dem Betriebsrätewesen eine gesetzliche Grundlage zu geben. Die Sache war also so, als die englischen Gewerkschaften sich in 1927 für „den neuen Weg“ erklärten, gingen sie den 1919 gesponnenen Faden wieder auf — griffen auf das deutsche Beispiel zurück. Das alles klingt paradox. Unser Streben war es doch vor dem Kriege gewesen, ein Gewerkschaftsrecht nach englischem Muster aufzubauen. Und nun sollten sich nach der Revolution die Rollen so gründlich vertauscht haben? So sonderbar das auch alles scheint, es ist so. Freilich ging man nicht weit genug. Man streckte vor der gesetzlichen Verankerung des Schlichtungswesens in irgendeiner Form zurück. Die englischen Gewerkschaftsführer können sich nur schlecht von der Ideologie des liberalen Masschepertums befreien. Hierüber macht Hermann Müller, deutscher Gewerkschaftsvertreter im Internationalen Arbeitsamt, in der „Arbeit“, 1927, Seite 433/434, interessante Bemerkungen. Weil man sich vollständige „Freiheit“ im Wirtschaftskampfe wahren wollte, kam man auf den Gedanken, mit Hilfe des bekannten Mond-Turner-Ausschusses — einer Arbeitsgemeinschaft — ohne staatlichen Eingriff zur Wirtschaftsdemokratie zu kommen. Ob der Versuch gelingen wird, wagen wir nicht zu behaupten. Zweifellos wäre es besser gewesen, sich nicht zu viel auf den guten Willen des Unternehmertums zu verlassen. Wie in Deutschland hätte man die Gesetzgebung in den Dienst der Sache spannen müssen. Allerdings haben sich die Unternehmertorganisationen nach langem Zögern entschlossen, im Sinne des Mond-Turner-Programms zu arbeiten, jedoch ist von praktischen Erfolgen bis jetzt nichts zu merken. Zugegeben soll werden, die Lösung der gestellten Probleme ist nicht einfach. Das zu lösende Hauptproblem lautet:

Kann die so notwendige Rationalisierung in der Weise auf großer Stufenleiter — mit Hilfe gegenseitiger Verständigung zwischen den Organisationen der Arbeiter und Unternehmer — durchgeführt werden, daß erstens die so sehr aus dem Leim gegangene Wirtschaft wieder auf den Stand gebracht wird, der notwendig ist, um England neuerlich an erste Stelle der industriellen Länder zu heben? Zweitens, kann die Rationalisierung ohne größere Arbeitslosigkeit durchgeführt werden? Oder kann wenigstens durch erhöhte Produktivität — die doch das Ziel jeder Rationalisierung ist — gleichzeitig der Lebensstandard der Arbeiter gesteigert werden? Denn letzten Endes hat doch erhöhte Produktivität erhöhte Kaufkraft zur Voraussetzung.

Das ist klar, mit Ihrem „neuen Weg“ haben sich die englischen Gewerkschaften ein großes Ziel gesetzt. Sie wollen durch eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum und ohne staatlichen Eingriff nicht nur das Schlichtungswesen auf die höchste Stufe der Entwicklung bringen, sondern darüber hinaus zur Demokratisierung der Wirtschaft kommen. Wie heißt es doch im „Faust“:

Die Kunde hör' ich wohl,  
jedoch mir fehlt der Glaube.

### Frauenfragen.

#### Auflösung der Familie?

Im „Wächterkreis“ erscheint in Kürze „Das Buch vom Bauen“ von U. Sigriff. Hier wird wohl zum erstenmal der Versuch gemacht, das Bauproblem grundsätzlich sozialistisch zu behandeln. Wir veröffentlichen aus diesem Buch einen interessanten Abschnitt, der sich mit den Wandlungen im Familienleben in der Gegenwart beschäftigt:

Schon das „Kommunistische Manifest“ stellt gegenüber dem Vorwurf, daß die Kommunisten die Familie zerstören wollen, fest, daß schon das kapitalistische Wirtschaftssystem selbst die Familien auflöse. Kein Zweifel, daß die Familie eine außerordentlich widerstandsfähige Einrichtung ist, die durch tausend Denk- und Lebensgewohnheiten, durch eine viele Jahrhunderte alte Überlieferung, durch zahllose Rechtsbedingungen und auch immer noch durch sehr viele wirtschaftliche Tatsachen gestützt wird. Trotzdem kann heute nur festgestellt werden, daß Marx und Engels schon im „Kommunistischen Manifest“ grundsätzlich richtig geurteilt haben. Man braucht dabei nicht an die sexuelle Seite der heutigen Ehekrise und überhaupt nicht an die Änderung der Gewohnheiten und Entscheldungen in sexuellen Dingen zu denken, deren neuere Entwicklung ja allerdings sehr deutlich ist. Es genügt vielmehr, sich einfachere, wenig von Gefühlen befonnte und wenig umstrittene Tatsachen vor Augen zu halten.

Tatsache ist z. B.,

- daß die Zahl der Mahlzeiten, die in der Familiengemeinschaft eingenommen werden, allmählich zurückgeht,
- daß dagegen die Zahl der Mahlzeiten, die in Kantinen von Fabriken, großen Büros, Warenhäusern in den Arbeitspausen eingenommen werden, ständig wächst,
- daß ferner die Zahl der Kinder, die mindestens einmal am Tage eine Schulspeisung erhalten, ebenso ständig wächst,
- daß die Zahl der Stunden, die von Müttern (oder gar von Vätern!) für die Beaufsichtigung ihrer Kinder, für das Spielen und Arbeiten mit ihnen aufgewandt wird, sicherlich immer geringer wird,
- daß auf der anderen Seite die Zahl der Säuglingsheime, Kindergärten, Tages- und Walschulen allmählich zunimmt und weit rascher zunehmen müßte und würde, wenn die notwendigen Mittel dafür bereitgestellt würden,
- daß vor allem in Amerika, dessen größerer durchschnittlicher Wohlstand diese Entwicklung fördert, die eigene Wohnung in wachsendem Maße nur noch als gemeinsamer Schlafraum angesehen und insolgedessen räumlich klein gehalten wird, während man auch gemeinsame Mahlzeiten und alle Erholungszeit außerhalb des Hauses verbringt,
- daß in starkem Maße ebenfalls in Amerika, aber jetzt auch schon in Deutschland, ein wachsendes Bedürfnis nach Wohnhäusern in Form des „Boarding“-Hauses hervortritt, d. h. eines Hauses, in dem eine große Zahl von kleinen Wohnungen (Ein- und Zweizimmer) mit einfacher Kochgelegenheit kombiniert ist, mit einer gemeinsamen Küche für die großen Mahlzeiten, mit gemeinsamen Speiseräumen, gemeinsamer Waschküche, und ausgestattet mit allen modernen arbeitssparenden Einrichtungen, insbesondere für die Reinigung.

Mit Absicht sind hier solche Anzeichen der Entwicklung ausgewählt, die sich hauptsächlich auf das Essen beziehen. Welches sind denn die materiellen Grundlagen der gegenwärtig bestehenden Form des Familienlebens und damit auch der Formen des Wohnungsbaus? Wir wollen dabei von den seelischen Faktoren einmal ganz absehen. Nicht, als ob sie nicht auch materiell wären, denn sie existieren und wirken zu ihrem Teil mit. Aber das Leben um uns zeigt uns gerade heute täglich, wie sehr sie wandelbar sind und wie sehr sie gerade jetzt fragwürdig geworden sind. Um also von den im groben Sinne materiellen Faktoren zu sprechen, so ist die städtische Familie vor allem eins nicht mehr, was sie noch bis vor etwa hundert Jahren war: sie ist keine Produktionsgemeinschaft mehr.

In der Gegenwart ist die normale Familie vielmehr, wirtschaftlich betrachtet, nur eine Konsumtionsgemeinschaft, d. h. eine Organisation zur Regelung des Verbrauchs und damit zur Wiederherstellung der verausgabten Arbeitskraft. Die Lobredner der „guten alten Zeit“ finden bekanntlich, daß „die Frau in die Küche gehört“. Damit ist ein sehr wesentlicher Teil des wirtschaftlichen Sinnes der bürgerlichen Familie getroffen. Wenn die Frau in die Küche gehört, d. h. den Ernährungsfonds der Familie verwalten, Nahrungsmittel einkaufen und herrichten soll, so gehören entsprechend der Mann und die Kinder an den Familientisch. Dieser Teil der Frauentätigkeit wird nicht nur dann erschwert, wenn die Frau mitverdienen muß, sondern er verliert auch seinen Sinn, wenn der Mann eine tägliche Hauptmahlzeit in der Kantine einnimmt, wenn er, wie es häufig vorkommt, die Woche über auswärts arbeitet und nur über Sonntag zu Hause ist, wenn die Kinder Schulspeisung bekommen.

Übrigens hat auch die Hausfrau alten Stils keineswegs den ganzen Tag in der Küche zu tun. Zu ihrer Aufgabe, die Konsumtionswirtschaft zu regeln, gehört noch vieles andere. Sie besorgt Kleidung für sich und die Kinder, und da man nicht immer neu einkaufen kann, hat sie viel zu tun mit Nähen und Flicken. Sie sorgt für die Reinlichkeit in der Wäsche und in den Wohnräumen, sie heizt, sie beaufsichtigt die Kinder. Doch von den Kindern später. Mit allen diesen Dingen kann sich eine Hausfrau alten Stils auch in einer Wohnung von drei oder vier Zimmern schon den ganzen Tag zu tun machen, wenn möglich, noch mit einem Dienstmädchen zusammen.

In diese Überlieferung hat der moderne Kapitalismus bereits gewaltige Brechen geschlagen, und durch den Krieg und seine Nachwirkungen ist die Entwicklung noch sehr beschleunigt.

### Jugendbewegung.

#### Flegeljahre.

Von Dr. R. Weigel.

DAS. Es sind jetzt acht Jahre her. Fröh, der aufgeweckte Junge einer Familie des Mittelstandes, besuchte damals die unterste Klasse einer höheren Schule. In richtiger Erkenntnis des Wertes einer guten Schulbildung taten die Eltern alles, um ihrem Kinde eine solche zu ermöglichen. Fröh rechtfertigte die in ihn gesetzten Erwartungen und stieg von Klasse zu Klasse. In Schule und Haus war er ein braver Junge, mit dem sich alle stets gut verstanden. Da kamen die „Flegeljahre“. In der Schule machten sie sich weniger bemerkbar, zu Hause aber war Fröh vorlaut und eigenwillig, fuhr den Eltern über den Mund, wußte alles besser und benahm sich den Eltern gegenüber überheblich und unmaßend. Es wurde mit der Zeit immer schlimmer. Fröh ging mehr und mehr seine eigenen Wege, und weder Güte noch Strenge der Eltern änderte etwas an diesem Zustand, der ärgerliche Szenen und Auftritte mit sich brachte und zeitweise den völligen Zerfall der Familie bedeutete.

Was ich hier aus nächster Nähe beobachten konnte, spielt sich in Tausenden von Familien ganz ähnlich ab. Die ersten Aufregungen und Streiche des Jungen, die aus dem Rahmen seines bisherigen Verhaltens völlig herausfallen und somit den Beginn der Flegeljahre anzeigen, pflegen den Eltern oft wahres Entsetzen einzufößen oder wenigstens eine unerklärliche Aberration zu sein. Die Flegeljahre sind aber ganz im Gegenteil etwas durchaus Natürliches; sie sind die allerersten, zunächst freilich ungestüm und scheinbar ganz sinnlos auftretenden Anzeichen der Bildung einer Persönlichkeit, medizinisch betrachtet die Vorboten des Eintritts der Pubertät, die ja für den Menschen sowohl physiologisch wie psychologisch eine völlige Umstellung mit sich bringt. Es ist die Zeit, in der das „Ich“ erwacht, mit der Sicherheit des Instinkts sich Geltung zu verschaffen sucht und die bisher eingehaltene Grenzen stürmisch zu überschreiten sucht. Sogar in der Schrift ist diese Umbildung bemerkbar. In diesem Alter wird bekanntlich am meisten geschminkt. Mag dabei auch Oberflächlichkeit im Spiele sein, so ist der tiefste Grund doch der, daß die Schrift sich in dieser Zeit vom Schematischen zum Charakteristischen und zum Eigenen ausdrück umgestaltet. Zugleich ist es die Zeit, in der der Junge sich ein menschliches Vorbild sucht — meist Fernerstehende, ältere

### Kapitalismus zerstört die Moral.

Es gibt keinen Reichtum, der nicht zugleich Leben ist, Leben einschließlich der Macht der Liebe, der Freundschaft und der Begeisterung. Das Land ist das reichste, das die größte Anzahl edler und glücklicher Menschen ernährt; der Mensch ist der reichste, der, nachdem er seine eigene Lebenspflicht bis aufs höchste erfüllt hat, nun auch seinen hilfereichen Einfluß auf das Leben seiner Mitmenschen sowohl durch seine Persönlichkeit wie durch seine Besitzmittel im höchsten Maße geltend macht.

John Ruskin.

Schüler, Wandervogel, Sportsleute und dgl. — denen er mit jugendlichem Ungestüm und mit jugendlicher Kritiklosigkeit nachsieht, so daß die Eltern oft binnen kurzem ihren Einfluß auf das Kind völlig schwinden sehen. Stürmische Flegeljahre sollen an sich den Eltern jedenfalls keine Sorge einflößen! Im Gegenteil: hier beginnt sich schon die spätere scharf umrissene und wertvolle, schöpferische Persönlichkeit vom Dackmäuser zu schreiben.

Was etwas anderes ist von grundlegender Wichtigkeit! Hier ist nämlich der Augenblick, wo es sich entscheidet, ob — wie so oft geklagt wird — die Kinder künftig den Eltern über den Kopf wachsen und sich ihrem Einfluß ganz entziehen. Um dem zu begegnen, müssen sich jetzt auch Vater und Mutter in gewissem Sinne umstellen! Dieser Moment darf nicht verpaßt werden. Denn die Zeit der blinden Unterordnung des Kindes ist vorbei. Jetzt gilt es für die Eltern, Berater, Führer, Freund zu werden!

Mehr als je geige man jetzt dem Kinde und bringe ihm zum Bewußtsein, daß man seine Persönlichkeit und seine Ansichten — ganz gleich, ob letztere falsch oder richtig sind — überhaupt merket, man gehe auf seine Äußerungen ein, man frage es nach seinen Ansichten und der Dinge klärend zu wirken, man nehme mehr denn je am Kreise seiner Interessen teil und lebe in diesen! Nur so kann der Reizung zu Überheblichkeit, zu Absonderung und Eigenwilligkeit begegnet werden. Der Vater gewähre dem jungen Menschen aber auch in sein Arbeitsgebiet und in seine Berufstätigkeit Einblick! Man lasse ihn schauen und erleben, was ständige Tätigkeit, berufliche Höchstleistung, Fürsorge für die Familie und Kampf um die Existenz, was Streben nach hohen Zielen und was Arbeit und Lebenserfahrung bedeuten! Damit erweitern sich Erfahrungsbereich und Innenleben des Kindes, die Horizonte schieben sich hinaus, und das Kind wird bald merken, daß es bisher nur a r g e n o m m e n, aber noch keine selbständigen Werte im Leben geschaffen hat. So wird es allmählich aus eigener Einsicht heraus zu freiwilliger Unterordnung geführt. Die Eltern aber werden die Vertrauen des Kindes bleiben, und die Familie wird eine innerlich geschlossene, Geistes- und Schicksalsgemeinschaft darstellen, die sie sein soll!

Verkehrt wäre es aber, wenn man den jungen Menschen nurmehr an Haus und Familie fesseln wollte. Nein. Man rege ihn zur Teilnahme an literarischen Interessen, Musik, Sport, Wanderungen und ähnlichem an, und man gönne ihm Verkehr mit anderen, seien es Gleichaltrige oder Ältere, in reichem Maße! Er wird selbst fest genug in der Familie wurzeln, die für ihn der ruhende Pol in der Erscheinung „Flucht“ bleiben wird. Ist doch auch nichts Erzieherischer, als wenn zahlreiche, verschieden geartete Individualitäten auf den werdenden Menschen einwirken! Erst dadurch wird das allmähliche Herantreten der Persönlichkeit und die Bildung einer eigenen Lebensanschauung ermöglicht. Wohl den Eltern, die das Vertrauen ihres Kindes in so reichem Maße besitzen, daß sie auch hier noch ratend und klärend wirken können!

### Gewerkschaftliche Nachrichten.

#### Hugo Dressel 25 Jahre Gewerkschaftsangehöriger.

Am 1. Mai konnte der Redakteur des „Arbeiter-Zeitungs“, Kollege Hugo Dressel, auf das Jubiläum seiner 25jährigen Tätigkeit als Angehöriger des Kristallfabrikarbeiterverbandes zurückblicken. Als Sohn eines Webermeisters in Schönfeld bei Greiz geboren, wurde er nach seiner Schulentlassung Fabrikarbeiter. Schon in seiner frühesten Jugend wurde Kollege Dressel mit den Lehren und Zielen der modernen Arbeiterbewegung bekannt, der er sich mit aller Kraft widmete. Nach vielen Jahren ehrenamtlicher Tätigkeit wurde er durch das Vertrauen seiner Kollegenschaft am 1. Mai 1905 zum Geschäftsführer der Fabrikarbeiter-Zentrale des Deutschen Kristallfabrikarbeiterverbandes gewählt. Seitdem hat er in der ersten Reihe der bewährten Kollegen an der Spitze des Gewerkschafts-Vorstandes gearbeitet. Dort verblieb er bis zu seiner im Jahre 1919 erfolgten Wahl zum Redakteur des „Arbeiter-Zeitungs“.

„Arbeiter-Zeitungs“. Seit dieser Zeit leistet er mit Umsicht und großem Verstand sein Amt, das unter seiner Leitung zu einer der besten deutschen Gewerkschaftszeitungen ausgebaut wurde. Wir beglückwünschen den Kollegen Dressel auf das herzlichste. Daß die Tätigkeit Dressels allseitig hoch eingeschätzt wird, kommt auch darin zum Ausdruck, daß er von der Gesamtheit der Gewerkschaftsredakteure in den Fachausschuß der Gewerkschafts-Presse gewählt wurde. Möge es unserem lieben Freunde vergönnt sein, noch recht viele Jahre im Dienste der Gewerkschaftsbewegung tätig zu sein und seine Wärme und starke Feder zum Wohle der Arbeiterklasse zu führen!

#### Franz Spließ 25 Jahre Gewerkschaftsangehöriger.

Kollege Franz Spließ, der langjährige Vorsitzende des Deutschen Tapeziererverbandes und jetzige Sekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, blühte am 1. Mai dieses Jahres auf seine 25jährige Hauptamtliche Tätigkeit in unserer Bewegung zurück. Am 1. Mai 1905 trat er im Hauptbüro seines Verbandes seine Stelle als Hilfsarbeiter an. Im Jahre 1906 wurde er Verbandskassierer und im Jahre 1909 erster Vorsitzender des Verbandes. Spließ hat diesen Posten bis zu der im Jahre 1920 erfolgten Verschmelzung des Tapeziererverbandes mit dem Sattler- und Portefeullerverband innegehabt und wurde neben dem Kollegen Blum mit der Leitung der neuen Organisation betraut. Im Jahre 1921 folgte Kollege Spließ einem Ruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und bekleidete seit dem 1. Juli 1921 amtsverbrochen den Posten eines Sekretärs im Hauptvorstand des ADGB.

Der Kollege Spließ ist eine unermüdete, gewissenhafte Arbeitskraft und ein tüchtiger Beamter. Er ist einer der Unerschrockenen, die — einerlei, wo sie sind — die meisten Tatsachen ansprechen und dadurch erzieherisch wirken und vor Enttäuschungen bewahren. Kollege Spließ ist jetzt 53 Jahre alt. Wünschenswert wäre es, daß seine lange klugen Rat und seine kollegiale Mitarbeit im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung. Unsere herzlichste Gratulation zu seinem Ehrentag!

#### Bewußte Lügen der KPD über unseren Kollegen Dobisch (Saarbrücken).

Daß die KPD mit allen anständigen Menschen Krieg führt, ist bei ihrer Zusammenfassung selbstverständlich. Das sich fälschlicherweise „Arbeiter-Zeitungs“ nennende Kommunistenblatt in Saarbrücken hat unseren Geschäftsführer für den Jahrestätigkeitstag Saarbrücken mit ihrer geistigen Lüge bespöttelt, bewußt gelogen, am Dobisch in den Augen der Mitgliedschaft anderer Zuhilfenahme herabzusetzen, die Mitgliedschaft in einen Skandal zu heben, die Organisation zu schädigen, was die Hauptaufgabe der KPD und ihrer Presse ist. Wir lassen im nachfolgenden einen der Beteiligten selbst reden:

„In der Ausgabe der „Arbeiter-Zeitungs“ vom 29. März 1929 erschien in auffälliger Aufmachung eine Ankündigung: „Wer ist der Bezirkssekretär der freien Gewerkschaften?“ Die Antwort kam in der Nummer vom 1. April in Form eines Gerichtsbeschlusses. Daran sollen zwei Arbeiter der Kristallfabrik Wadgassen durch mein Verhalten ins Gefängnis gewandert sein. Gewerkschaftsführer sind von jenen der „Arbeiter-Zeitungs“ an Minderheiten gemöhnt, was aber hier an Unwahrheiten und Unberechnlichkeiten dargestellt wird, ist unerbötlich und nur vollständig aus dem abgandbesen Haß gegen die Gewerkschaften. Es ist deshalb auch fraglich, ob es einen Sinn hat, mit der „Arbeiter-Zeitungs“ über Recht oder Unrecht auseinanderzusetzen.“

Ich lasse hier den wahren Sachverhalt in der Form einer Darstellung des Hauptbeteiligten selbst folgen: Es ist der Tatsache zuwiderlaufend und unwahr, daß meine Verurteilung zu sechs Monaten Gefängnis durch Verurteilung über auch nur dieses Urteil des Bezirkssekretärs Dobisch erfolgt ist. Richtig ist, daß mein Urteil sehr viel später, nachdem die Angelegenheit ohne jede Folge für mich durch Dobisch erledigt und fast vergessen war, die Anzeige erstattete. Im Verlauf des Prozesses wurde er selbst mit einem Monat bestraft. Beide haben mit Bewährungsfrist verurteilt. Wahr ist, daß Dobisch die Angelegenheit mit der Betriebsleitung beigelegt hatte, aber der nunmehr mitbestrafte Firmenrat aus persönlicher Rache gegen mich monatelang nach dem Vorfall die Anzeige an die Polizei machte, so daß es erst dadurch zur Einleitung des Gerichtsverfahrens kam.

Nur wer die Vorgänge, die heute über zwei Jahre zurückliegen, kennt, ist zu einem Urteil fähig und berechtigt. Firmenrat, der die feinerzeitigen Vorgänge genau kannte, hatte schon damals die Absicht, mich der Polizei anzuzeigen. Von diesem Vorhaben machte er keinen Verbandsvorsitzenden Dobisch Mitteilung. So war dieser in die heikle Lage verwickelt, entweder ruhig zuzusehen und die Anzeige erfolgen zu lassen, oder eine andere Lösung zu suchen, weil sich Firmenrat von seinem Vorhaben trotz vielen Zuredens nicht abbringen ließ. In dieser Situation suchte Dobisch durch direkte Verhandlung mit der Firma Schlimmeres abzuwenden. Es gelang ihm bei dieser Rücksprache, jede Befragung abzuhalten und die Sache, ohne daß außer den zunächst Beteiligten jemand etwas erfahren hat, zu meinen Gunsten zu erledigen.

Daß es in der Folgezeit trotzdem nicht möglich war, Firmenrat von der Anzeige, die ihm nun selber die Bestrafung mit einem Monat brachte, abzuhalten, ist sicher nicht die Schuld des Bezirkssekretärs Dobisch. Dem Kläger wurde die mit gegabene Grube zum eigenen Verhängnis.

Wadgassen, den 3. April 1930. Lorenz Kranz. Bezüglich der Richtigkeit obiger Ausführungen verbürgen sich für die freigezeichnete Arbeiterklasse der Kristallfabrik Wadgassen: Jakob Hardt, Alois Streuer.

Was bleibt nun noch zu sagen? Wäre nicht der Wunsch der Kollegen der Wadgasser Fabrik, daß die „Arbeiter-Zeitungs“ im Interesse der Einigkeit der Arbeiterklasse diese Erklärung auch in ihren Spalten aufnimmt.

Sonst könnte man zu den ganzen Ausführungen nur sagen: „Niedriger hängen.“ Was muß sich im Kopfe der Menschen abspielen, die Mitglied einer solchen Partei sein können, oder die es fertig bringen, ein solches Blatt daneben zu lesen?

#### Der kommunistische Schwächer.

Die hannoversche KPD-Presse stellt fortgesetzt den Fabrikarbeiterverband an. Aber die KPD-Zentrale weiß deshalb doch, daß in Hannover so ziemlich die ansässigen Leute in der KPD sind, sonst ginge es nicht fortgesetzt den Kreisgang. Nun muß doch das hannoversche KPD-Blatt am Sitz des Hauptvorstandes des Fabrikarbeiterverbandes so tun als ob es wüßte. Da hat der Kleine etwas entdeckt, nämlich: Der Fabrikarbeiterverband hat es noch nicht durchgesehen, daß die Frauen gleiche Löhne haben wie die Männer. Selbstverständlich ist das purer Niederträchtigkeit, denn der echte KPD kennt nur niederträchtige Menschen.

Eine Frage: Was hat seit 1918 die KPD für die Frauen schon erreicht? Nichts. Was hat die KPD für die Arbeiterklasse seit 1918 getan und erreicht? Nichts.

Die KPD hat ja einmal einen eigenen Chemiarbeiterverband gegründet. Wo ist dieser Verband? Was hat er für die Chemiarbeiter getan? Der Verband ist an der Unfähigkeit und der Dummheit seiner



## Chemische Industrie

### Weitere Entlassungen im Leunawerk.

Wir mußten im „Proletarier“ wiederholt darauf hinweisen, daß die I.-G. Farbenindustrie bei steigendem Absatz und guten Geschäftsergebnissen fortgesetzt Arbeiter entläßt. Neben Tausenden von Bauarbeitern, die nach Erledigung der Neubauten zur Entlassung kamen, hat die I.-G. Farbenindustrie bis zum 1. Dezember v. J. über 15 000 Arbeiter aus den Produktionsstätten entfernt. Nunmehr sollen im Leunawerk weitere 1200 bis 1500 Arbeiter zur Entlassung kommen. Nach einem Bericht der „Frankfurter Zeitung“ sollen davon in erster Linie Handwerker betroffen werden, während nach Angabe der Arbeiter bei den Entlassungen vorwiegend Produktionsarbeiter aus den sogenannten Versuchsanlagen in Frage kommen.

In anderen Betrieben der I.-G. Farbenindustrie sind die Arbeitsverhältnisse auch noch ungeklärt, so daß mit weiteren Arbeiterentlassungen gerechnet werden muß. Dadurch wird das bereits herrschende Elend in Arbeiterkreisen weiter vermehrt. Wie schon gesagt, erfolgen in der I.-G. Farbenindustrie die Arbeiterentlassungen trotz steigender Produktion und guten Geschäftsergebnissen. Die Verdienste der I.-G. Farbenindustrie werden zwar in der Öffentlichkeit nicht bekannt. Der jährlich ausgewiesene Reingewinn und die ausgeschüttete Dividende sind kein Maßstab für die wirklichen Verdienste. Ungeheure Summen aus dem Produktionsergebnis sind ins Ausland abgeflossen. Wir brauchen nur an die Finanzierung der Internationalen Solbing-Gesellschaft in der Schweiz zu erinnern, die fast ausschließlich aus den Überschüssen der deutschen Betriebe der I.-G. erfolgte.

Gegen die Vermehrung des Arbeiterelends durch das rücksichtslose Vorgehen des schwerverdienenden Anilintrusts gibt es nur ein Mittel, das ist die radikale Verkürzung der Arbeitszeit. Für die durchgehenden Betriebe muß die viergestaltige Tageschicht, also die sechsstündige Arbeitszeit eingeführt werden. In der reinen Tagchicht kann die chemische Industrie ebenfalls mit der sechs-, höchstens siebenstündigen Schicht auskommen. Dies gilt nicht nur für die Produktionsarbeiter, sondern auch für die Handwerker. Es muß der Öffentlichkeit zum Bewußtsein kommen, daß die Produktion zur Bedarfsdeckung des Volkes vorhanden ist. Heute wird nur produziert, um das Privatkapital zu vermehren, wobei die in Arbeit befindlichen Arbeiter bei hartem Lohn übermäßig lange ausgebeutet werden, während Millionen fleißige Hände zum Feiern verurteilt sind und von öffentlichen Unterstützungen notdürftig leben müssen. So kann es nicht weitergehen.

Wissenschaft und Technik haben Produktionseinrichtungen gezeitigt, die es ermöglichen, den Bedarf des Volkes bei einer außerordentlich kurzen täglichen Arbeitszeit zu decken. Daraus müssen die Konsequenzen der kürzeren Arbeitszeit gezogen werden. Das ist möglich. Beweis: die gesteigerte Produktion, die geschäftlichen Ergebnisse und der Abfluß horrenden Summen in das Ausland. Es soll auch nicht übergangen werden, daß nach einer amerikanischen Statistik eine Reihe der Anilinherrn aus der I.-G. Farbenindustrie in wenigen Jahrzehnten zu vielfachen Millionären werden konnten. Die Solidarität der Besitzenden ermöglicht solche Reichtumsanhäufung. Die Arbeiter in dem gewaltigen Anilinkonzern können sich jedoch in einer wirtschaftlichen Organisation nicht zusammenfinden, weil der in vielen Jahren der Vorkriegszeit von den Anilinherrn ausgestreute Samen der Zersplitterung durch Unterhaltung gelber Werkzeuge usw. heute noch seine Blüten freibt und in dem Kampfe der behaktenkreuzten gelben Arbeiter, der christlichen Gewerkschaften und nicht zuletzt der Kommunisten gegen die freien Gewerkschaften zum Ausdruck kommt. Die Anilinherrn sehen hohnlachend auf diese Arbeiterzersplitterung und fördern dieselbe mindestens indirekt.

Diese Zustände können nur durch den Willen der Arbeiter selbst überwunden werden. Die Arbeiter des Anilintrustes müssen restlos den Weg zu den freien Gewerkschaften finden, trotz aller Hindernisse der Unternehmer, der gegnerischen Gewerkschaften und der irreführenden Anhänger der KPD. Die Fortschritte in dieser Richtung sind unverkennbar, sie genügen aber nicht. Aus Selbsterhaltungstrieb, um nicht dem Hungertode zu verfallen, muß der Zusammenschluß in den freien Gewerkschaften beschleunigt werden. Mit einer geschlossenen freigewerkschaftlichen Organisation werden die Arbeiter auf die Produktion, Regelung der Löhne und der Arbeitszeit und Erhaltung der Arbeitsstelle auch in der größten Ausbeutungsmaschinerie, die die Welt je kennen gelernt hat, der I.-G. Farbenindustrie, Einfluß gewinnen. Eigentlich hätte aus politischen und volkswirtschaftlichen Gründen die Reichsregierung eingzugreifen. War es bisher den Koalitionsregierungen nicht vergönnt, vernünftige Volkspolitik gegenüber den Industrierittern treiben zu können, so kann von der jetzigen Brüning-Regierung erst recht nichts Gutes für die Arbeiter erwartet werden. Im Gegenteil ist zu befürchten, daß den Wünschen der Industrieritter entsprechend die Opfer der Industrie in noch größeres Elend hinabgestoßen werden, indem den Wünschen der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände Rechnung getragen und die Arbeitslosenversicherung radikal abgebaut werden soll. Der neueste Streich der Arbeitgeberverbände zielt auf Zerschlagung der Krankenkassen ab. Wird den Arbeitslosen und den Kranken die gesetzlich festgelegte Arbeitslosen- und Krankenunterstützung durch das Treiben der Unternehmer geraubt oder verringert, finden die Industrieritter auf dem Arbeitsmarkt billige, willige Arbeitskräfte. Daß die Arbeiter dabei physisch und moralisch zugrunde gehen, kümmert diese Herren nicht. Zur Gegenwehr müssen die freien Gewerkschaften und insbesondere unser Verband in der chemischen Industrie durch Zugang aller unorganisierten Arbeiter gestärkt werden. Erst dann kann den Entlassungen und dem arbeiterfeindlichen

Treiben der Unternehmer erfolgreicher Widerstand entgegen gesetzt werden. Darum fort mit aller Arbeiterzersplitterung aus der chemischen Industrie!  
G. Haupt.

### Die Bedaux-Gesellschaft auf dem Fischfang.

Nachdem die unwissenschaftliche Methode des Bedaux-Systems, der Lohnbetrag durch das Bedaux-System und die wissenschaftliche Stümpfung des Systems durch den Direktor des Instituts für Arbeitsphysiologie des Kaiser-Wilhelm-Instituts in Dortmund in der Öffentlichkeit bekannt geworden sind, gehen die Bedaux-Ingenieure noch mehr als bisher unter Ausschluß der Öffentlichkeit bei den deutschen Unternehmern häusieren, um ihr System gegen hohe Bezahlung, wovon der Löwenanteil nach Amerika abfließt, an den Mann zu bringen.

In neuester Zeit soll die Kunstseidefabrik Obernburg am Main, ein Betrieb der Glanzstoff AG. in Elberfeld, mit dem Bedaux-System beglückt werden. Die Zahlstellenleitung des Fabrikarbeiterverbandes und der Betriebsrat lehnten das System ab. In einer sehr bewegten Verhandlung konnte eine Einigung nicht erzielt werden, da Fabrikarbeiterverband und Betriebsrat gegen diese ungerechte Entlohnungsmethode waren. Es kam zu erneuten Verhandlungen, zu denen ein Vertreter unseres Hauptvorstandes und ein Vertreter des Vorstandes des christlichen Fabrikarbeiterverbandes hinzugezogen wurden. Diese Verhandlung verlief ebenfalls ergebnislos. Der Firmenvertreter verlangte nicht mehr und nicht weniger, als daß bei Anwesenheit der Vorstandsvorteiler der Fabrikarbeiterverbände im Betrieb nachgeprüft werden sollte, daß die mit der Stoppuhr festgesetzte Zeit richtig aufgenommen sei. Zu einer solchen Hanswurftade konnten wir

## Bedaux.

Die amerikanische Bedaux-Gesellschaft ist eine kapitalistische Sumpfpflanze. Die amerikanische Bedaux-Gesellschaft will in der ganzen Welt ihr „System“ zur Geltung bringen. Zweck und Erfolg: die Herren der amerikanischen Bedaux-Gesellschaft können auf Kosten der Gesundheit der Arbeiterschaft spazieren gehen, also faulenzien. Die amerikanische Bedaux-Gesellschaft will zum Zwecke des eigenen Wohlergehens die Arbeitenden physisch zugrunde richten und die durch das „Bedaux-System“ arbeitslos gewordenen hungern.

uns nicht bereit finden, denn wir stellen erneut die Tatsache fest, daß die Zeitaufnahmen an sich richtig sind, daß sie aber bei Festsetzung des B-Wertes keine Rolle spielen. Wir haben hundertfältig nachgewiesen, und dieses wird auch von Wissenschaftlern bestätigt, daß die Festsetzung des B-Wertes von der Willkür der Bedaux-Ingenieure abhängt. Aber wir wollen auf Einzelheiten nicht eingehen. Ein Bedaux-Ingenieur, Herr Wachsmann, bestritt unsere Angaben, erklärte immer wieder, daß wir und alle übrigen Menschen, die gegen Bedaux sind, das System nicht kennen, nicht kennenlernen wollen und den Arbeitern einen höheren Verdienst nicht gönnen. Diese und ähnliche Angaben wurden von diesem Herrn in beiden Sitzungen in einer provozierenden Art gemacht, die allen Beteiligten der Arbeitnehmer ein weiteres Verhandeln mit diesem Herrn unmöglich machte, denn solche unsäglichem Ausführungen können keine Verhandlungsbasis sein.

Als sachlicher Grund der Firma zur Einführung des Bedaux-Systems kann folgendes herausgeschält werden. In der Haspeli wird die Arbeit im Akkord angeblich zu teuer. Die Ausgaben in dieser Abteilung sollen höher als in den gleichen Abteilungen anderer Kunstseidefabriken sein. — Diese Angaben sind uns aus allen übrigen Kunstseidefabriken der I.-G. Farbenindustrie geläufig. Ebenso haben wir sie kennengelernt in der gesamten Sprengstoffindustrie Deutschlands, in der Linoleumindustrie und anderen Industriegruppen. In allen diesen Fällen arbeitet jedesmal die zur Verhandlung stehende Fabrik am teuersten. Das ist ein kapitalistischer Schachzug, der uns bekannt, den Arbeitern aber schädlich ist. — Dieser angebliche Mißstand kann nach Ansicht der Betriebsleitung nicht beseitigt werden, denn wenn den Arbeiterinnen der Haspeli von ihrem Akkordverdienst etwa 10 bis 15 Prozent abgezogen würden, würden sie sehr bald durch höhere Leistungen ihren alten Verdienst wieder erreichen. Man müßte also wiederum abziehen, und es würde doch nichts nützen. Außerdem würde ein solches Vorgehen der Betriebsleitung Unruhe im Betrieb erzeugen. Die soziale Einstellung des Herrn Betriebsleiters läßt aber auch ein solches Vorgehen nicht zu. Deshalb muß einmal eine radikale Änderung vorgenommen werden. Und diese radikale Änderung — Leser, erstaune nicht! — soll durch das Bedaux-System, das angeblich das gerechteste Lohnsystem ist und den Arbeitern höhere Verdienste bringt, erreicht werden.

Man beachte bei dieser Feststellung, daß die Rentabilität der Haspeli, die für das Bedaux-System vorerst auserselben ist, durchaus keine Rolle spielt. Einzig und allein ist es die Sorge, wie man den Verdienst der Arbeiter herabsetzen kann. Nach Bedaux ist das möglich, denn wenn im Bedaux-System ein paar Beifelpennige mehr verdient werden, muß dafür die persönliche Leistung häufig um mehr als das Doppelte gesteigert werden. Wo dabei die Gesundheit der Arbeiter leidet, wollen wir in diesem Zusammenhang nicht nochmals behandeln.

In der Verhandlung wurde erreicht, daß die Firma den Betriebsrat oder die Arbeiter zur Einführung des Bedaux-Systems nicht heranzieht, bevor die tariflichen Instanzen zur Sache Stellung genommen haben. Es kann keinem Zweifel unterliegen, wie die Entscheidung der Tarifinstanzen ausfällt. Jedenfalls wollen die Arbeiter der übrigen Kunstseidefabriken aufmerksamer sein, daß ihnen nicht über Nacht das Bedaux-

System beschert wird, das nachweislich eine ungeheure Arbeitssteigerung neben unberechtigtem Lohnabzug mit sich bringt. Und das alles in erster Linie zum Vorteil der amerikanischen Bedaux-Gesellschaft, die aus der angeblich notleidenden deutschen Industrie ungeheure Summen herauszieht.  
G. Haupt.

### Der Manteltarifvertrag für die Seifenindustrie allgemeinverbindlich erklärt.

Die Konferenz der Seifenarbeiter, die gegen Ende des Jahres 1929 in Leipzig tagte, hatte beschlossen, dem Arbeitgeberverband der Seifenindustrie den Schiedspruch vom 27. Februar 1924 betreffend Regelung der Arbeitszeit in der Seifenindustrie zum 15. Oktober 1929 zu kündigen. Außer dieser Kündigung des Arbeitszeitabkommens waren verschiedene Abänderungsvorschläge zum Rahmentarifvertrag für die Seifenindustrie gestellt, die insbesondere den § 9 und § 13 des alten Vertrages betrafen (Ferien und Überstundenzuschläge). Nach längeren Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der Seifenindustrie wurde eine Neuregelung der Paragraphen 2 und 10 des Rahmentarifvertrages in folgender Fassung erzielt:

§ 2.  
„Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit beträgt 8 Stunden. Mit Rücksicht auf die derzeitigen schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse kann die Arbeitszeit auf 9 Stunden täglich nach Anhören der gesetzlichen Betriebsvertretung ausgedehnt werden. In besonderen Ausnahmefällen kann unter Zustimmung der beiderseitigen bezirklichen Vertragsorganisationen die Leistung einer zehnten Arbeitsstunde vorübergehend eingeführt werden. Wird die Arbeitszeit an den Tagen vor Sonn- und Festtagen durch Vereinbarungen verkürzt, so kann der Ausfall der Arbeitsstunden an diesen Tagen auf die übrigen Werkstage der gleichen oder folgenden Woche verteilt werden. Die über 8 Stunden an solchen Tagen geleistete Arbeit gilt nicht als Überstundenarbeit im Sinne des § 10 des Vertrages.“

Falls ein ganzer Tag umgelegt wird, muß dies betrieblich vereinbart werden.

§ 10.  
Als Überstunden gelten alle über die tägliche achtfundige Arbeitszeit hinausgehenden Arbeitsstunden. Grundsätzlich ist für jede von einem Arbeiter tatsächlich über acht Stunden geleistete Arbeitsstunde ein Zuschlag von 25 Prozent zum tariflichen Stundenlohn zu zahlen. Markenkontrollen, Pförtner, Wächter, Werkspolizei, Helfershelfen, ständiges Personal in den Speiseküchen, Wasch- und Badeanstalten, Boten, Büro- und Laboratoriumsdiener erhalten für Überstunden einen Zuschlag nicht.

Für Sonn- und Feiertage wird ein Zuschlag von 50 Prozent für die beiden Feiertage zu Weihnachten, Ostern und Pfingsten sowie für den 1. Mai, soweit er als gesetzlicher Feiertag anerkannt ist, ein Zuschlag von 100 Prozent gezahlt. Neben diesen Zuschlägen wird ein Überstundenzuschlag nicht gewährt. Als Sonn- und Feiertagsarbeit gilt die Arbeit zwischen Sonn- bzw. Feiertagsmorgen 6 Uhr zum folgenden Werktag 6 Uhr.“

Der Tarifvertrag wurde daraufhin in der Neuassung zur Allgemeinverbindlichkeitsklärung an das Reichsarbeitsministerium eingereicht. Leider hat sich die Erklärung der Verbindlichkeit verzögert, weil bei den widerstrebenden Interessen der Arbeitgeber der Seifenindustrie der Industrie- und Arbeitgeberverband für den Freistaat Oldenburg im Namen der im Freistaat Oldenburg i. O. befindlichen Seifenfabriken Einspruch gegen die Allgemeinverbindlichkeitsklärung auszusprechen, wie aus nachstehendem Schreiben hervorgeht:

Abtschrift.  
Der Reichsarbeitsminister.  
III B Nr. 2778/140 Tar.

Berlin NW 40, 15. April 1930,  
Entscheidung.

Der nachstehend bezeichnete Tarifvertrag wird im angegebenen Umfang gemäß § 2 der Tarifvertragsordnung (Reichsgesetzbl. 1928 I S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

- I. Parteien des Tarifvertrages:
  - a) auf Arbeitgeberseite:  
Arbeitgeberverband der Seifenindustrie Deutschlands.
  - b) auf Arbeitnehmerseite:  
Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands;  
Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands;  
Gewerkverein deutscher Fabrik- und Handarbeiter (S-D).
- II. Tag des Abschlusses: 14. Oktober 1929, Nachtragsvereinbarung nebst Protokollnotiz zum allgemeinverbindlichen Reichsmanteltarifvertrag vom 22. April 1921.
- III. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeiter in der Seifenindustrie.
- IV. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reiches.
- V. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit: 1. Januar 1930.
- VI. Ende der allgemeinen Verbindlichkeit:  
Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit dem Tarifvertrag.  
Die allgemeine Verbindlichkeit des Tarifvertrages (angenommener Schiedspruch) vom 27. Februar 1924 hat geendet.

Im Auftrag:  
Dr. Seifmann.

Eingetragen am 17. 4. 1930  
auf Blatt 9663 I B. Nr. 3  
des Tarifregisters.

Der Registerführer:  
Sprengel.

## Papier-Industrie

### Rationalisierung in der Papiererzeugungsindustrie.

II.  
Eine ähnliche Entwicklung wie in der Papier- und Pappenproduktion hat sich ebenfalls in der Holzstoff- und Zellstoffproduktion vollzogen.

Werkproduktion und Werkanteil in der Holzstoff- und Zellstoffindustrie.  
Auch diese Produktionszahlen, die die Jahre 1913 und 1927 umfassen, entnehmen wir der bereits im ersten Artikel erwähnten Statistik der Dresdner Bank.

Staaten	Produktion t	Anteil an der Weltproduktion in %	Produktion t	Anteil an der Weltproduktion in %
Deutschland	1913	17,8	1927	12,6
Finnland	1 513 000	3,5	1 880 000	5,1
Norwegen	299 000	7,8	755 000	5,5
Schweden	668 000	13,9	2 093 000	14,0
Abrißes Europa	1 234 000	14,5	1 525 000	10,2
Europa	4 900 000	57,5	7 072 000	47,4
Verein. Staaten	2 657 000	31,1	3 820 000	25,6
Kanada	775 000	9,1	3 220 000	21,6
Abrißes Amerika	118 000	1,4	272 000	1,8
Amerika	3 550 000	41,6	7 312 000	49,0
Asien	76 000	0,9	536 000	3,6
Weltproduktion	8 526 000	100,0	14 920 000	100,0

Im Jahre 1913 war Deutschland noch mit 17,8 Prozent an der Weltproduktion beteiligt; bis 1927 sank dieser Anteil um rund 5 Prozent auf 12,6 Prozent. Zurückgegangen ist der Weltanteil auch in den übrigen europäischen Staaten, gestiegen in Finnland, Norwegen und Schweden, so daß 1927 Schweden mit 14 Prozent am Weltanteil in Europa an der Spitze marschierte. Der europäische Anteil an der Weltproduktion ist von 1913 bis 1927 um 10 Prozent gesunken. Der Anteil der Vereinigten Staaten an der Weltproduktion ist um rund 5,5 Prozent im gleichen Zeitraum gesunken, dagegen hat sich der Anteil Kanadas an der Weltproduktion um 12,5 Prozent gehoben. Der Gesamtanteil Amerikas an der Weltproduktion ist von 1913 bis 1927 um 7,4 Prozent gestiegen. In Asien hat Japan seinen Anteil an der Weltproduktion von 1913 bis 1927 um 2,7 Prozent steigern können.

**Produktionssteigerungen der Holzstoff- und Zellstoffindustrie.**

Staaten	Produktionssteigerung von 1913 bis 1927 in Prozent
Deutschland	24
Finnland	153
Norwegen	23
Schweden	76
Abrißes Europa	24
Europa	44
Vereinigte Staaten	44
Kanada	315
Abrißes Amerika	131
Amerika	106
Asien (Japan)	605
Weltsteigerung	75

Während die Produktionssteigerungen von 1913 bis 1927 in Deutschland und Norwegen fast gleich groß sind, ebenso im übrigen Europa, hat Schweden eine Produktionssteigerung von 76 Prozent und Finnland eine solche von 153 Prozent zu verzeichnen. Die gesamte Produktionssteigerung in Europa beträgt demnach 44 Prozent.

Wesentlich schärfer kommen die Produktionssteigerungen in Amerika zum Ausdruck. Hier steht Kanada mit 315 Prozent an der Spitze; ihm folgen die übrigen amerikanischen Staaten mit 131 Prozent, während die Steigerung in den Vereinigten Staaten nur 44 Prozent beträgt. Die höchste Steigerung hat Japan mit 605 Prozent aufzuweisen.

Wir glauben, gezeigt zu haben, daß seit 1913 und besonders nach Beendigung des Weltkrieges eine geradezu finale Produktionssteigerung in der internationalen Papier-erzeugungsindustrie vor sich gegangen ist, die sich einmal in Preiskämpfen auf dem Weltmarkt und zum anderen dadurch auswirkt, daß nur in wenigen Staaten mit Papiererzeugungsindustrie die vorhandene Produktionskapazität vollkommen ausgenutzt werden kann.

**Kritik an der Rationalisierung.**

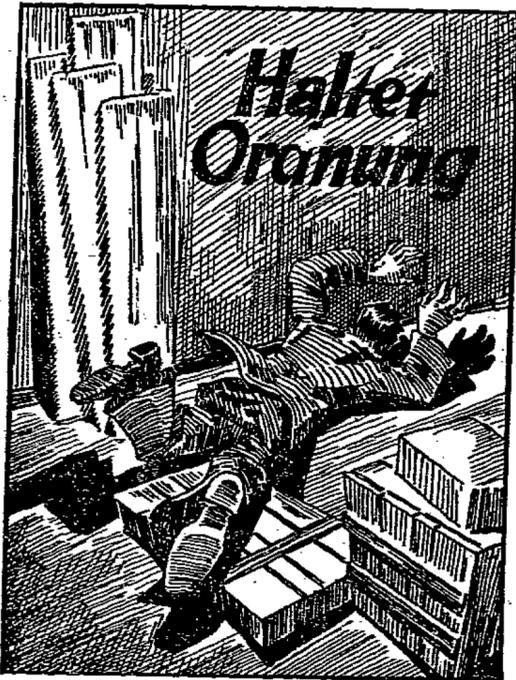
Plan- und ziellos, wie die kapitalistische Produktionsweise überhaupt ist, ging nicht nur jedes Land, sondern auch innerhalb der Länder jeder Einzelunternehmer vor, soweit ihm Mittel zu Rationalisierungsmaßnahmen zur Verfügung standen oder er solche aufstreifen konnte. Jeder war bestrebt, in der Rationalisierungsfrage das Rennen zu machen. Kein Wunder, daß bei einer derartigen plan- und ziellosen Wirtschaft Fehlinvestitionen größerer Kapitalien die Folge sein müssen. Langsam beginnt diese Einsicht auch bei den Unternehmern zu dämmern. Im „Wochenblatt für Papierfabrikation“ Nr. 12, Jahrgang 1930, schreibt ein „L“ zeichnender Unternehmer unter der Überschrift: „Schattenseiten der Rationalisierung“ u. a. folgendes:

„Gegenwärtig haben die mit manchen Rationalisierungsmaßnahmen gemachten Erfahrungen aber schon vielfach erwiesen, daß man doch vieles von alten Gebräuchen beibehalten oder gar beibehalten muß, ohne daß das Neue, das man dafür einführt, einen größeren Erfolg brachte. Kein Wunder, daß man einsehen beginnt, mit der oftmals zu weitgehenden Rationalisierung seien vielfach Irrwege beschritten worden. Ein Anzeichen der Festlegung bedeutender Kapitalien auf langfristige Anlagen und Erzeugungsanlagen konnte überall da nicht zeigen, wo es keine Erfahrungen zur Vermeidung der Herstellungsfehler herbeiführte. Der Erfolg einer Rationalisierung hängt und hängt eben von dem Verhältnis der aufgewendeten Kosten zu dem erzielten Ergebnis ab, und dieses Erfolg tritt in ungenügender vielen Fällen nicht ein.“

Schärfer vermögen auch wir den tatsächlich vorhandenen Rationalisierungsrisiken ganzer Unternehmerrgruppen und vieler Einzelunternehmer nicht zu beurteilen. Dabei ist es ein schlechter Trost, wenn der Artikelschreiber meint, daß der Ruf nach der Forderung der Rationalisierung sogar die lebhafteste Unterstützung der Gewerkschaften fand. Selbstverständlich haben sich die Gewerkschaften nie gegen die Rationalisierung gewandt, immer von dem Gesichtspunkt aus, daß Rationalisierung Einheitlichkeit der Produktion bedeutet. Da aber die Unternehmern die Rationalisierung falsch verstanden haben und nicht eine Vereinheitlichung der Produktion, sondern wilde, planlose Produktionssteigerungen erzielt haben, fallen die Folgen auf sie selbst zurück. Die Gewerkschaften waren stets für eine Bedarfsdeckungsmaßnahmen zu haben. Eine derartige Wirtschaft ist aber planmäßige Produktionsmethoden voraus, und diese fehlen den Unternehmern vollkommen. Die Gewerkschaften haben ferner stets gefordert, daß die Arbeitnehmer Ausarbeiter der Rationalisierungsmaßnahmen sein müssen, und zwar sowohl durch Erhöhung der Löhne und damit Steigerung der Kaufkraft, als auch durch Reduzierung der Arbeitszeit, um damit

wieder zu einer Auffassung der durch die Rationalisierung brachgelegten Arbeitskräfte in den Produktionsprozessen zu kommen. Die Unternehmern gingen den entgegengesetzten Weg: Trotz Rationalisierung eine Niedrighaltung der Löhne und Gehälter auf der einen und die Forderung nach Mehrarbeit auf der anderen Seite. Die Folgen dieser unförmlichen Produktionsweise mußten selbstverständlich sein: Schwächung der Kaufkraft der großen Volksmassen und sprunghafte Vergrößerung des Arbeitslosenheeres. Da muß es gar nichts, wenn der Artikelschreiber darüber klagt, daß die ziel- und planlosen Rationalisierungsmaßnahmen „außerordentlich hohe Aufwendungen für Kreditzinsen“ erfordern und daß ferner „gar nicht voraussehbare Ausgaben“ entstanden, „die den durch die Rationalisierung freigewordenen Arbeitskräften aus der Erwerbslosenunterstützung zuzumenden waren, sei es durch erhöhte Beiträge zur Arbeitslosenversicherung oder durch vermehrte Steuern zur Deckung der Fehlbeträge dieser Versicherung“. Sätten die Unternehmern logisch denken gelernt, so müßten sie die Folgen ihrer Handlungsweise voraussehen. Die Gewerkschaften haben oft genug in Wort und Schrift darauf hingewiesen.

Umsicht - Vorsicht - Rücksicht müssen Unternehmer und Arbeiter üben.



Bestell-Nr. - 278 - der Unfallverhütungsbild G. m. b. H. Berlin W 9, beim Verband der Deutschen Berufsvereinigungen

Wer die nötige Umsicht walten läßt, wird dafür sorgen, daß unübersehbare, winklige und düstere Flure, Wege und Ecken in seinem Arbeitsbetriebe hell erleuchtet und gefahrlos zu begehen sind. Wer die nötige Vorsicht beachtet, wird in dunklen oder unbekanntem Gängen nicht mit erhöhter Geschwindigkeit, sondern langsam und tastend gehen, so daß er etwaige Hindernisse noch rechtzeitig vermeiden kann.

Wer sich seiner Verantwortung auch vor den Arbeitskollegen bewußt ist, wird stets die selbstverständliche Rücksicht üben, Geräte, Handwerkszeug, Breiter, Leitern, Tritte, Schemel und sonstige Gegenstände nicht stehenlassen, so daß andere darüber stolpern oder schwer zu Fall kommen können.

Die amtliche Statistik des Reichsversicherungsamtes meldet für ein einziges Jahr 36 635 Unfälle, die durch Fall über umherliegende Gegenstände und dergleichen auf ebener Erde erfolgt sind. Selbst unter diesen „harmlosen“ Unfällen waren etwa 2000, die Erwerbsunfähigkeit und Unfallenschädigungen erforderten, 57 endeten sogar tödlich.

Dabei ist es interessant, daß endlich auch der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände ein Licht aufgeht, die in ihrem Geschäftsbericht über die Wirtschaftperiode von 1927 bis 1929 darüber klagt, daß sich infolge des großen Geldbedarfs für die Rationalisierung die Lage des Geldmarktes versteift hat, wodurch eine Zinsbelastung für die Gesamtwirtschaft entstanden sei, die bereits eine Milliarde überschritten habe. Leichtlich spät kommt die Einsicht, daß „andererseits der indig fortschreitende Ersatz von Menschenkraft durch die Maschine nicht ohne Rückwirkung auf den Arbeitsmarkt eiben konnte, mit der Folge, daß hohe, unproduktive Ausgaben für die Arbeitslosen zu den sonstigen Lasten noch zuzurechnen mußten.“

Der Bericht sagt dann weiter, daß man sehr begründete Zweifel haben könne, ob nicht die durch die Überlastung der Wirtschaft erzeugte Rationalisierung in anderer kapitalistischer, aber an menschlicher Arbeitskraft überreichen Wirtschaft sich in so schnellem Tempo und in so großer Ausdehnung bewegen hat. Endlich gibt also auch die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände zu, daß aus Angst, mit dem Stande nicht mehr mitzukommen, die Produktion in Deutschland ziel- und planlos gesteigert wurde.

Selbstverständlich sucht man auf Arbeitgeberseite für die ganze Unzulänglichkeit in wirtschaftlichen Dingen Schuldige. Der erwähnte Artikelschreiber glaubt die Schuldigen selbstverständlich in der republikanischen Staatsform gefunden zu haben. Anders können die folgenden Sätze nicht ausgelegt werden:

Der Vorwurf der Fehlinvestition soll daher nicht allgemein gegen die Industrie erhoben werden, die durch die Rationalisierung nur einem gegen sie geübten Druck nach Möglichkeit auszuweichen versucht hat. Er muß sich vielmehr gegen diejenigen richten, die durch eine ganz verzerrte Wirtschaft- und Finanzpolitik diesen Druck verschuldet haben. Diese Schuldigen sind teils in der Innen-, teils in der außenpolitischen Sphäre zu suchen.“

Wir sind es in Deutschland fast bis zum Überdruß gewohnt, daß sowohl Reichsregierung, als auch Innen- und Außenpolitik für die Mißerfolge jedes deutschen Staatsbürgers verantwortlich gemacht werden. So liegt es auch in vorliegendem Falle. Der Verfasser des zitierten Artikels weiß anscheinend nichts von der Flucht deutschen Kapitals nach dem Ausland; ihm ist anscheinend auch die von der Wirtschaft betriebene Steuerdrückbergerei unbekannt. Er kennt weiter nicht die Tatsachen, daß große Teile der deutschen Wirtschaft sowohl in der Landwirtschaft, als auch in der Industrie, zum Teil

sogar mit sehr großem Erfolg, immerwährend versuchen, Subventionen aus dem Reichssäckel herauszuschinden, und da er die kurzfristigen Rationalisierungsmaßnahmen der deutschen Industrie billig, können seine Folgerungen kaum anders lauten. Dabei ist es ganz unerheblich, daß er dennoch zur Verurteilung von Einzelunternehmungen kommt, indem er schreibt: „Dennoch ist die Frage, ob nicht auch hinsichtlich der Rationalisierung die Grenzen des bei weitestlicher Kalkulation und gesamtwirtschaftlicher Betrachtung Gebotenen hier und da von Einzelunternehmungen überschritten worden sind, unbedingt zu bejahen.“

Daß die gleichen planlosen Rationalisierungsbestrebungen wiederum keine typischen deutschen Erscheinungen sind, beweisen uns die ungeheuren Arbeitslosenzahlen auf dem Weltmarkt. Besonders drastisch ist dafür das amerikanische Beispiel. Obwohl Amerika heute infolge seines Geldüberflusses als der Bankier Europas bezeichnet wird, beträgt auch dort die Zahl der Arbeitslosen viele Millionen. In England und in den anderen Industriestaaten Europas sieht es nicht viel anders aus. Eine Ausnahme macht vielleicht Frankreich, das infolge seiner niedrigen Löhne noch in den Anfängen der Rationalisierung steckt.

So ist die wilde Rationalisierung nicht nur ein deutsches, sondern ein Weltproblem geworden, das nur beseitigt werden kann durch Steigerung der Kaufkraft in der Form von Lohn- und Gehaltserhöhungen, verbunden mit Preisermäßigungen und durch Auffassung der Arbeitslosenheere durch entsprechende Arbeitszeitverkürzungen. Solange die Kapitalisten aller Staaten in diesem Sinne an die Lösung dieses Problems ernstlich nicht herangehen, wird weder die Drosselung der durch Rationalisierungsmaßnahmen in die Höhe getriebenen Produktion, noch die Arbeitslosenheere und noch viel weniger der dadurch entstehende Steuerdruck zu beseitigen sein.

O. Stähler.

**Niederschrift**

über die Sitzung des Tarifamtes der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie am 18. April 1930 zu Berlin.

Anwesend sind:

1. als Arbeitgeberbeisitzer die Herren: Blumhagen, Fehrenbach, Dr. Leopold, Dr. Schuhhardt,
2. als Arbeitnehmerbeisitzer die Herren: Graf, Lins, Rücker, Stähler.

Vorsitz turnusgemäß: Herr Dr. Leopold; Schriftführer turnusgemäß: Herr Graf.

I.

Antrag der Gauleitung Ludwigshafen des Fabrikarbeiterverbandes betreffend Regelung des Prämienstreits bei der Firma Buchmann, G. m. b. H., Rinnthal-Sarnstall.

Für die Arbeitgeberseite erscheint . . . . .  
Für die Arbeitnehmerseite erscheint . . . . .  
Es wird zur Sache verhandelt.

Das Tarifamt fällt folgenden Spruch:  
„Der Antrag der Gauleitung Ludwigshafen des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands wird zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an den Schiedsaussschuß der Gruppe Rheinpfalz zurückverwiesen.“

Begründung:

A.

Der Berufungsantrag ist fristgerecht gestellt worden. Es konnte ihm nicht entsprochen werden, da das Verfahren vor dem Schiedsaussschuß eine Reihe von Formfehlern aufweist, die seine Nichtigkeit zur Folge haben.

1. Nach der zu den Akten eingereichten Originalniederschrift über die Schiedsaussschußsitzung vom 7. März 1930 haben auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite nur je zwei Beisitzer mitgewirkt, während § 16 Abs. 3 GZW. vom 12. 7. 27 die Beteiligung von je drei Beisitzern auf jeder Seite vorschreibt. Daß die Parteien des Streitverhältnisses sich über eine abweichende Befugnis geeinigt hätten, ist aus dem Protokoll nicht ersichtlich. Eine derartige Vereinbarung wäre aber auch unzulässig, denn es fehlt die Ermächtigung hierzu, wie sie § 3 der durch Erklärung der Tarifkontrahenten vom 2. 2. 28 zum Bestandteil des GZW. erhobenen Geschäftsordnung für das Tarifamt enthält. Hiernach wäre schon wegen tarifwidriger Befugnis die Aufhebungsklage nach § 100 GZW. begründet, wenn ein Schiedspruch zustande gekommen wäre. (Vgl. Reich-Volkmar: Arbeitsgerichtsgeheh, Anm. 4 zu § 100.)

2. Nach § 16 Abs. 4 GZW. vom 12. 7. 27 ist vorgeschrieben, daß in jeder Sitzung des Schiedsaussschusses ein Beisitzer das Amt des Schriftführers ausübt. Daß dies in der Sitzung vom 7. März d. J. geschehen ist, ist aus dem Protokoll nicht ersichtlich. Auch die Unterschriften geben darüber keinen Aufschluß.

3. Gemäß § 98 Abs. 2 GZW. ist der Schiedspruch von sämtlichen Mitgliedern des Schiedsaussschusses zu unterschreiben. Das ist nicht geschehen. Das Protokoll enthält vielmehr nur die Unterschriften von zwei Beisitzern mit dem Zusatz „für die Arbeitgeberbeisitzer“ bei der einen und „für die Arbeitnehmerbeisitzer“ bei der anderen. Das ist unzulässig.

4. Der Schriftsatz der Antragstellerin an das Tarifamt vom 12. 3. 30 enthält sieben genau präzierte Anträge. Inwieweit diese Gegenstand der Verhandlung vor dem Schiedsaussschuß gewesen sind, ist aus dem Protokoll nicht ersichtlich, da in diesem kein einziger Antrag aufgeführt ist. Das Tarifamt kann aber nur über das befinden, was bereits vor dem Schiedsaussschuß ohne positives Ergebnis verhandelt worden ist. Hierüber fehlt aber die authentische Unterlage.

Nach allem kann der stattgehabten Verhandlung vor dem Schiedsaussschuß keine materielle Bedeutung zukommen; sie muß infolgedessen wiederholt werden.

B.

Ans dem im Protokoll über die Schiedsaussschußsitzung vom 7. 3. 30 angeführten Beisitzererklärungen geht hervor, daß über die Zuständigkeit der Tarifinstanzen in Prämienstreitfällen Meinungsverschiedenheiten aufgetreten sind. Im Interesse der Beschleunigung nimmt das Tarifamt bereits jetzt zu dieser Frage Stellung, um dem Schiedsaussschuß für das erneute Verfahren eine Richtlinie an die Hand zu geben. Die Zuständigkeit der Tarifinstanzen ist gegeben bei Streitigkeiten darüber, ob eine gültige Prämienordnung besteht oder nicht besteht, oder ob ihr Inhalt den tariflichen Bestimmungen (§ 12 GZW.) entspricht. Den Inhalt einer Prämienordnung selbst bindend festlegen können weder die tariflichen noch anbertariftliche Instanzen. Das ergibt sich daraus, daß das Angebot und die Annahme von Prämien tariflich nicht zwingend vorgeschrieben ist, sondern auf Freiwilligkeit beruht. Einzelanträge aus einer bestehenden Prämienordnung sind vor den Arbeitsgerichtsbehörden geltend zu machen.

II.

**Beschlussfassung über die Geschäftsordnung des Tarifamtes.**

Das Tarifamt beschließt, die am 2. Februar 1928 beschlossene Geschäftsordnung für das Tarifamt unverändert auch über den 30. Juni 1930 hinaus beizubehalten und ihr das Datum des neu abgeschlossenen Gesamtarbeitsvertrages vom 8. Februar 1930 beizulegen.

Ein Reinsfall.

Trotzdem die Löhne in der schlesischen Papiererzeugungs-Industrie mit zu den niedrigsten im ganzen Deutschen Reich gehören, glaubte die Zellstofffabrik Wartha in der Grafschaft Oberschlesien einen neuen Weg entdeckt zu haben, um die Arbeiterlöhne noch niedriger zu halten...

Die „Papierzeitung“ Nr. 32 bringt nun aus der Mittelschlesischen Zeitung in Schweidnitz folgende Notiz:

„Unterklasse in der Zellstofffabrik Wartha. Das Schälen des zur Holzstoffbereitung erforderlichen Holzes wurde von einem Unternehmer mit einer Arbeiterkolonne im Akkordlohn ausgeführt. Durch Schiebungen wurde erreicht, daß erhebliche Arbeitslöhne doppelt gezahlt wurden. Der betrügerische Unternehmer ist verschwunden.“

Nachdem die Zellstofffabrik Wartha versucht hatte, mit Hilfe eines Betrügers die Arbeiterschaft um die ihr zustehenden Tarifsöhne zu bringen, gönnen wir der Zellstofffabrik Wartha diesen Reinsfall von ganzem Herzen. Bewahrt euch doch hierbei wieder einmal das Sprichwort: „Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein!“

O. Stähler.

Unternehmer-Rücksichtslosigkeit.

Der Inhaber der Pappfabriken Spiegelau, Eisenstein, Köhling und Gustavtal, Herr Pehold, arbeitet seit Jahren mit einer Methode, die Empörung auslösen muß. Herr Pehold hat seit der Stabilisierung die obengenannten vier Betriebe in seine Hände und unter seine Gewalt gebracht. Ausgehend von Spiegelau, kaufte er im Jahre 1924 den Betrieb in Eisenstein auf. Von 30 Beschäftigten wurde bei diesem Aufkauf die Hälfte entlassen, die übrige Hälfte mit Lohnminderungen bedacht. Im Jahre 1929 brachte er die Pappfabrik in Köhling in seine Gewalt. Der Betrieb wurde sofort stillgelegt und die seit Jahrzehnten dort beschäftigte Arbeiterschaft auf die Straße gesetzt. Zweifelsohn war der Sinn und Zweck dieser Konzentration, die gesamte Holzstoff- und Pappproduktion der Konkurrenz zu entziehen. Vom privatwirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, wäre gegen diese Bestrebungen nichts einzuwenden. Allein die Art und Weise, wie das gemacht wurde, gibt uns Veranlassung, sie der Öffentlichkeit zu zeigen und insbesondere die Behörden durch diese Zeilen darauf aufmerksam zu machen. Neben dem Erwerb dieser Betriebe wird von diesem Unternehmer gebaut, wieder abgebrochen, Maschinen angekauft, die dann als totes Kapital Monate und Jahre in den Betrieben herumliegen und ihrem Zwecke entzogen werden. Unter diesen Umständen ist es jedem Menschen mit nur ganz primitiven Wirtschaftskennntnissen klar, daß diese Kapitalvergeudung zu Kapitalmangel führt. Dieser Unternehmer hat mit Preisrückerei manches solide kleinere Unternehmen in den letzten Jahren hart bedrängt.

Alle diese Dinge könnten sich gleichgültig bleiben, und die Besitzer dieser Unternehmungen könnten sich untereinander streifen und bekämpfen, solange sie Luft und Vergnügen darin finden, auch könnte Pehold über seine Mittel verfügen, wie er wollte, alles das ginge uns nicht an. Allein die Wirtschaft ist nicht Selbstzweck, sondern sie hat höhere Aufgaben, sie muß der Allgemeinheit dienen und nützlich sein. Die Arbeiterschaft, die in solchen Unternehmungen jahrzehntelang ihre Arbeitskraft zur Verfügung gestellt hat, ist berechtigt, zu verlangen, daß Leiter und Inhaber solcher Betriebe ihr Lebenswerk, das sie mit geschaffen haben, nicht einfach ruinieren, sondern so leiten und dirigieren, daß die Zweckbestimmung, auch der Allgemeinheit zu dienen, erreicht wird.

Von diesen Gedanken und von diesem neuen Geist ist Pehold nicht befreit. Im Gegenteil. Bei ihm gilt der Arbeiter nichts. Bei ihm ist der Arbeiter nur Ausbeutungsobjekt. Die Tarifsöhne und sonstige tarifliche Bestimmungen werden bei ihm nur dort eingehalten, wo er durch den gewerkschaftlichen Zwang muß. Das ist in Spiegelau der Fall. Bis das aber einmal erreicht wurde, vergingen Jahre mühsamer Kämpfe. In Eisenstein, wo früher einmal eine geschlossene Organisation bestand, brachte er es recht bald durch Entlassungen und sonstige Maßnahmen fertig, die geschlossene Organisation zu sprengen, um dann der organisationslosen Arbeiterschaft seinen Machtwillen aufzuzwingen und die Löhne zu reduzieren. In Köhling, wo seit zehn Jahren eine gute Organisation bestand, wurde der Betrieb, nachdem er in seinen Besitz überging, geschlossen, nur um die Tarifsöhne nicht zahlen zu brauchen. In Gustavtal in Böhmen wurde durch wochenlangen Streik um die Erhaltung der Tarifsöhne gekämpft. So spielte er einen Betrieb gegen den anderen aus. Der Zweck war, die tariflichen Löhne und sonstigen Bestimmungen niederzurufen. Es ist ihm nur zum Teil geglückt, und zwar nur in Eisenstein. Hier trugen die Kollegen auch einen Teil Schuld mit, indem sie teils aus Verzweiflung, teils aus Verärgerung der Organisation fernblieben.

Der Leidensweg unserer Kollegen ist aber damit noch lange nicht beendet. Verstößt es nicht gegen Ehren und Glauben und Verkehrssitte, wenn man der Arbeiterschaft die Tarifsöhne vorenthält? Pehold mußte außerdem der Arbeiterschaft zu, ihm Löhne auf Wochen und Monate zu stunden. In Eisenstein leidet die dortige Arbeiterschaft seit mehreren Jahren daran, ihre untertariflichen Löhne am Wochenende noch nicht einmal zu erhalten. In der Regel sind dort fällige Lohnrückstände bis zu drei Monaten vorhanden. Untertarifliche Löhne, bei angelegentlichster Arbeitsleistung, ohne ausreichende Nahrung, jeder Willkür preisgegeben, abgearbeitet und ausgehangert, kein Stück Brot im Hause, von den Lebensmittelgeschäften keinen Kredit mehr für den täglichen Bedarf, so sieht es bei diesen armen Menschen aus.

In Spiegelau besteht eine geschlossene Organisation. Der Tarif wird hier gezahlt. Im Jahre 1928 waren auch hier Lohnrückstände zu verzeichnen. Die Organisationsleitung hat eingegriffen und in erster Linie gemäß § 119a RGO. bei der Gemeinde Klingenberg, in deren Bereich der Betrieb in Spiegelau liegt, den Erlaß von statutarischen Bestimmungen über die Lohnzahlung beantragt. In diesen Bestimmungen ist zum Ausdruck gebracht, daß Pehold, wenn er die regelmäßige tägliche Lohnzahlung nicht einhält, mit 150 Mk. Geldstrafe oder Haft bis zu vier Wochen bestraft wird. Die Lohnrückstände im Jahre 1928 wurden innerhalb kurzer Frist ausbezahlt. Am 4. April 1930 erhielt die Organisationsleitung Kenntnis, daß auch in Spiegelau seit dem 22. Februar 1930 die dortige Arbeiterschaft keinen Pfennig Lohn erhalten habe. Am 6. April 1930 waren wir an Ort und Stelle und konnten feststellen, daß unsere Kollegen insgesamt rund 2300 Mk., dazu die letzte fällige Lohnzahlung mit rund 1400 Mk., also bis 6. April 1930 insgesamt 4200 Mk. Löhne zu fordern hatten. Unsere Kollegen mußten die Arbeit einstellen, weil es ihnen nicht möglich war, ohne Nahrung die schwere körperliche Arbeit zu leisten. Gleiche Gesichter, abgearbeitete Menschen, trotz wochenlangem schwerer Arbeit keinen Pfennig Geld. Wie sieht's in den Familien aus? Das Bild des Jammers ist unbeschreiblich, trotz schwerer Arbeit die bitterste Not in der Familie. Das ist das Bild des Glanzes, das Pehold durch seine Machtpolizei die letzten Jahre

über die Familien seiner Arbeiter gebracht hat. Das ist rücksichtslos. Unternehmer-Brutalität, die vereinzelt dastehen dürfte, hier aus dem sauer verdienten Lohn der Arbeiter Kapital schlägt und Zinsen schindet. Die Behörden erlauben wir, künftig anderen berechtigten Beschwerden und Anträgen etwas rascher entgegenzukommen und nicht wie im Jahre 1928 unseren Anträgen erst nach Monaten stattzugeben. Hier heißt es rücksichtslos zugreifen, um eine fleißige Arbeiterschaft vor der Willkür eines Menschen zu schützen, der in der Arbeiterschaft nichts anderes sieht als ein Ausbeutungsobjekt. Auch der Strafrichter darf hier keine Mißbeurteilung walten lassen. Unsere Strafanzüge wird hoffentlich mit dazu beitragen, diese Mißstände zu beseitigen.

Beschämend für Pehold ist das Solidaritätsgefühl, das unter seinen Arbeitern in Spiegelau geübt wurde. Einer seiner Arbeiter, der eine Kuh sein eigen nannte, verkaufte dieselbe und gab den anderen Kollegen, die durch Pehold in diese große Not kamen, etwas Geld, nur um Brot für die Familien kaufen zu können. Das ist ein Stück wahrer Nächstenliebe, das verdient hervorgehoben zu werden. In unsere Kollegen aber ergeht die dringende Mahnung, mit aller Entschiedenheit darauf zu drängen, daß nach Ablauf der Lohnperiode der Verbandsleitung Mitteilung gemacht wird, wenn sie ihr sauer verdientes Geld nicht erhalten oder ihre sonstigen Rechte aus dem Arbeitsvertrage ihnen vorenthalten werden. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, daß die Behörden ihr Augenmerk auf einen Unternehmer richten, der gezwungen werden muß, sich an Recht und Gesetz zu halten.

Martin Sang.

Papierarbeiter-Konferenz im Gau XIII.

An der Papierarbeiter-Konferenz für den Gau XIII, die am 6. April 1930 in Darmstadt stattfand, nahmen 52 Delegierte teil. Vom Vorstand war der Kollege Stähler erschienen. Die Leitung der Konferenz lag in Händen des Kollegen Brunz. Zu Punkt 1 der Tagesordnung referierte der Kollege Stähler über „Die augenblickliche Wirtschaftslage der Papierindustrie“. Er sprach über die Rationalisierung in der Papiererzeugungsindustrie, die lediglich eine schärfere Ausbeutung der deutschen Papierarbeiterschaft zur Folge gehabt habe. Dann schilderte er an Hand reichen Zahlenmaterials die Produktionsverbesserungen und -steigerungen in der deutschen und ausländischen Papiererzeugungsindustrie und beleuchtete die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge, die zwischen den Papierindustrien der einzelnen Staaten bestehen, und die Lage des Weltmarktes für die Papiererzeugungsindustrie. Mit dem Hinweis darauf, daß in den Lohn- und Arbeitszeitfragen für die deutsche Papierarbeiterschaft nur dann eine Wendung zum Besseren möglich sei, wenn sie ernstlich daran gehe, mit Hilfe einer starken gewerkschaftlichen Organisation, die kapitalistische Wirtschaft in eine sozialistische umzugestalten, schloß der Kollege Stähler seinen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag.

In der Diskussion betonten die Redner, daß darauf hingewirkt werden muß, daß die Flucht des deutschen Kapitals in das Ausland unterbunden wird, daß aber auch die Gewerkschaftsorganisation mehr als bisher eine Stärkung erfahren solle.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung behandelte der Kollege Stähler den neuen Gesamtarbeitsvertrag für die Papierindustrie. Er erinnerte an die Beschlüsse der Reichspapierarbeiter-Konferenz, die 1929 in Leipzig stattfand. War damals beschlossen worden, den Vertrag nicht zu kündigen, so hat sich in der Zwischenzeit gezeigt, wie recht diejenigen Kollegen hatten, die vor einer Kündigung damals warnten. Der neue Gesamtarbeitsvertrag, der am 1. Juli d. J. in Kraft tritt, hat Änderungen der einzelnen Paragraphen nicht gebracht, wohl aber sind eine Anzahl Protokoll-Notizen geschaffen, um die bisher bestehenden Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung einzelner Paragraphen aus dem Wege zu räumen.

An zahlreichen Beispielen konnte der Kollege Stähler nachweisen, wie notwendig eine Klärstellung war, und er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß für die Zukunft eine bessere Durchführung des Gesamtarbeitsvertrages gewährleistet ist. Auch diese Ausführungen fanden die Zustimmung der Konferenzteilnehmer. In seinen Schlußausführungen betont der Kollege Brunz nochmals, daß die heute versammelten Vertreter auch für die Zukunft demütig sein sollen, an der Ausgestaltung unserer Organisation tatkräftig mitzuarbeiten.

Schmelzung der Union mit diesem Konzern ist inzwischen perfekt geworden. Dieser Konzern verfügt über 200 Gesellschaften. Er beschäftigt 87 000 Personen, davon 28 000 Farbige. Der Gesamtumsatz der Mutter- und Tochtergesellschaften belief sich 1928 auf 81 Millionen Pfund Sterling. Der Konzern hat einen eigenen Grundbesitz von 6 1/2 Millionen Acres. Seine geschäftlichen Verbindungen gehen weit über England bis nach Amerika, Afrika, Indien usw. hinaus. Die Union hat also hier einen Partner gefunden, der ihr an Kapital und an Geschäftsverbindungen überlegen war, ihr mithin scharfe Konkurrenz machen konnte. Die beiden Konkurrenten haben sich verdrängt, die Konkurrenz schweigt und das Geschäft blüht.

Die aus der Union und aus dem Lever-Brothers-Konzern entstandene „Unilever“ hat nun wiederum Verbindung aufgenommen mit dem Proctor-Gamble-Konzern in Amerika, der hauptsächlich Seife und Glycerin erzeugt. Der Zusammenschluß beider Gesellschaften dürfte im letzten Jahre so gut wie perfekt geworden sein. So ist ein Trustgebilde auf internationaler Grundlage entstanden, das über ein Aktienkapital von 1 1/2 Milliarden Mark verfügt. Die Bedeutung dieses Trustes liegt nicht nur darin, daß der Absatz gemeinsam betrieben wird, sondern auch in der Rohstoffversorgung. Dem Trust gehören auch Fabriken in großer Zahl an, die ja schon früher den Konzernen angehörten. In Deutschland beherrscht der Trust 20 Prozent der Produktion. Der Trust tritt also auf dem Weltmarkt als Saatkäufer auf und hat infolge seines großen Bedarfes hier eine gewaltige Machtposition. Vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat ist die Produktion in einer Hand. Für Deutschland beherrscht der Trust gut 80 Prozent der Margarineproduktion und über 50 Prozent der Vlerzeugung. Dazu kommt noch, daß mehrere freie Fabriken für den Trust in Schlaglohn arbeiten. Der Einfluß des Trustes ist also in der Öl-Industrie auch viel größer als seine Eigenproduktion von 50 Prozent.

Immer mehr werden die freien Margarinefabriken in Deutschland von dem Konzern bedrängt, so daß sich die größte freie deutsche Margarinefabrik, Homann in Dissen, im letzten Jahre veranlaßt sah, mit dem Konzern einen sogenannten Lieferungsvertrag abzuschließen. Damit ist diese Firma mehr oder weniger ebenfalls unter den Einfluß des Konzerns gekommen. Interessant ist, daß diese Firma sich sehr stark gegen den Verdacht wehrt, Konzernbetrieb zu sein. Sie legt Wert darauf, in der Öffentlichkeit immer wieder zu betonen, daß sie konzernfreie Ware herstellt. Dabei steht aber fest, daß sie ihre Rohstoffe zum größten Teile vom Konzern bezieht. Die übrigen freien Fabriken dagegen verbreiten Flugblätter, in denen behauptet wird, Homann sei ein Konzernbetrieb.

Wir wollen uns in diesen Streit nicht einmischen. Tatsache aber dürfte sein, daß die Firma Homann durch den abgeschlossenen Lieferungsvertrag mehr oder weniger unter den Einfluß des Konzerns geraten ist. Die Firma beschäftigt über 500 Arbeiter und Arbeiterinnen; sie war bislang bei weitem die größte freie Margarinefabrik. Es kann also festgestellt werden, daß der Konzern sich nicht nur innerlich gefestigt hat, sondern daß er seine Fangarme auch nach weiteren Opfern mit Erfolg ausgestreckt hat. Wir stehen also am Schlusse des Jahres 1929 in der Margarine- und Öl-Industrie einem Konzern gegenüber, der beide Gebiete, wenn nicht ausschließlich, so doch ausschlaggebend beherrscht.

Nahrungsmittel-Industrie

Die Margarine-Industrie im Jahre 1929.

Für die Margarine-Industrie war das letzte Jahr ein Jahr der Beständigkeit. Die Produktion des letzten Jahres betrug 470 000 Tonnen, die Produktion von 1913 nur 200—220 000 Tonnen, sie war also im letzten Jahre mehr als doppelt so hoch. Es gibt allzu viele Industriezweige, die ihre Produktion derartig gesteigert haben. Die Wandlung bei der Rohstoffversorgung ist so weit vorgeschritten, daß wir heute schon mehr als 80 Prozent Pflanzensette zur Margarineproduktion verwenden, gegen rund 40 Prozent Pflanzensette in der Vorkriegszeit. Die, die früher zum menschlichen Gebrauch nicht verwendbar waren, werden infolge der technischen Entwicklung und infolge des Ausbaues des Härungsverfahrens immer mehr zu Nahrungsmittelzwecken verwendet. Das ist ein großer Vorteil für die Industrie.

Die technische Entwicklung hat auch im letzten Jahre weitere Fortschritte gemacht. Die Folge davon war, daß die Zahl der Beschäftigten bei steigender Produktion weiter verringert wurde. Im Jahre 1913 waren bei der obengenannten Produktion rund 7500 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, im Jahre 1929 bei der mehr als doppelt so hohen Produktion rund 7900 Arbeiter und Arbeiterinnen. Als in den ersten Nachkriegsjahren die Margarineproduktion infolge Fettmangels gewaltig stieg, erhöhte sich zunächst auch die Zahl der Beschäftigten. Im Jahre 1920 hatten wir bei einer Margarineproduktion von rund 420 000 Tonnen rund 15 000 Beschäftigte. Die Produktion ist seit jener Zeit noch erheblich gestiegen, sie beträgt heute 470 000 Tonnen, die Zahl der Beschäftigten aber ist um beinahe die Hälfte abgefallen. Sie beträgt heute 7900. In den letzten beiden Jahren wurden rund 18 Betriebe stillgelegt. Die Zahl der Beschäftigten betrug 1927 noch 9100, sie beträgt gegenwärtig knapp 7900.

Hat so die Margarine-Industrie durch die Entwicklung große Vorteile gehabt, so hatte die Arbeiterschaft durch den technischen Fortschritt all die Nachteile auf sich zu nehmen, die diese Entwicklung mit sich brachte. Auch am Schlusse des letzten Jahres standen die Kollegen in den Hauptbezirken, am Niederrhein und in Hamburg, wieder vor weiteren Entlassungen, die in den Großbetrieben vorgenommen werden sollten. Man hat versucht, durch Kurzarbeit Entlassungen hinauszuschieben. Das ist aber auch keine Lösung.

Die Kapitalkonzentration in der Industrie hat im letzten Jahre weitere Fortschritte gemacht. Nachdem sich früher die beiden Konzerne Jurgens & Prinzen und van den Bergh, unter Einverleibung von Schiff und Hartog, in der Union vereinigt hatten, nahm die Union Verbindung mit dem Lever-Brothers-Konzern auf. Die Ver-

Das Jahr 1929 brachte der Margarine-Industrie aber auch gute Gewinne. Der Geschäftsbericht der früheren Union über ihr letztes Geschäftsjahr zeigt ein geradezu glänzendes Bild. Es heißt darin, daß nach reichlichen Abschreibungen und nach Zahlung der Dividende auf die Vorzugsaktien ein Reingewinn von 3 250 000 Pfund verbleibe, was einer 20prozentigen Verzinsung des ausgegebenen Stammkapitals gleichkomme. Dieses günstige Ergebnis ist erzielt, obwohl sich der Zusammenschluß der Union mit dem Lever-Brothers-Konzern noch nicht voll ausgewirkt hat. Eine weitere Verbesserung der Rentabilität wird den Aktionären in Aussicht gestellt. Man verteilt vorsichtigerweise nur 10 Prozent Dividende, obwohl man 20 Prozent verteilen könnte. Dafür sollen aber die Aktionäre bei einer Neuausgabe von Aktien entschädigt werden, indem sie diese billiger halten. Wir sehen hier also das übliche kapitalistische Bild. Die Dividende wird niedrig gehalten, damit der Konsument ja nicht merkt, was an dem Produkt, das er verbraucht, verdient wird. Dafür werden die Aktionäre in anderer Form entschädigt.

Aber nicht nur die Konzernbetriebe haben gute Gewinne erzielt. Der größte freie Betrieb, die Firma Homann in Dissen, die ja nunmehr auch mit dem Konzern verbunden ist, stellte bei seinem letzten Geschäftsabschluß folgendes fest: Das Aktienkapital beträgt 300 000 Mark. Der Überschuß beträgt 150 000 Mark, die Bilanz schließt in Aktiva und Passiva mit 6,4 Millionen Mark ab. Der Reingewinn beträgt 50 Prozent des Aktienkapitals, das aber nicht voll eingezahlt ist. Dieser Betrieb arbeitet also mit einer Riesensumme von Leihkapital. Er wirft aber für das Aktienkapital einen Gewinn von 50 Prozent ab. Das dürfte nicht bei allzu vielen Betrieben in Deutschland vorkommen.

Für das letzte Geschäftsjahr der Margarine-Industrie liegen Abschlüsse noch nicht vor. Aber das Jahr war in seiner Produktion besser als das Vorjahr, so daß die Industrie insgesamt nicht schlecht abgeschnitten hat. Neben den gut abschneidenden Betrieben gibt es kleine Betriebe, die von dem Konzern immer mehr an die Wand gedrückt werden. Sie müssen entweder ihre Produktion einschränken, evtl. den Betrieb ganz schließen, oder sich dem Konzern anschließen. Für die Arbeiterschaft kommt als Resultat des letzten Jahres folgendes in Betracht:

Die weitere Technisierung der Betriebe brachte, trotz steigender Produktion, eine weitere Einschränkung der Zahl der Beschäftigten. Das bedeutet weitere Entlassungen, namentlich in den größeren Betrieben, wo die Technisierung am weitesten durchgeführt ist. Bei der großen Zahl der Arbeitslosen ist es schwer, an manchen Orten geradezu unmöglich, überhaupt wieder in der Industrie unterzukommen. Auch den bisher vorliegenden Berichten scheint es, daß neue Jahr hierin keine Besserung zu bringen. E. Senkfeld.

# Unterhaltung, Wissen und Bildung

## Männerlist.

Von A. Erdödy.

Der Theaterkritiker Paul Pethem erschien allabendlich vor der Bühnentür des Operetten-Theaters und spazierte dort auf und ab. Der Grund und das Ziel dieser Spaziergänge war seine Gemahlin, die als Hilfschauspielerin an das Operetten-Theater engagiert war, mit der Verbindung, auch im Chor mitzuwirken, und in dieser Eigenschaft spielte sie, das heißt, war sie jeden Abend in der schmerzhaften Operette „Purpuradler“ zu sehen. Paul Pethem war noch ein junger Ehemann, und diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß er jeden Abend pünktlich vor der Bühnentür des Theaters erschien.

Die Menschen gingen fröhlich lächelnd über die Straßen. Und Paul Pethem fand, daß heute jeder Mensch glücklich ist. Die Augen der Frauen leuchteten, Paul Pethem fand, daß heute alle Frauen schön sind.

Während er das feststellte, kam zur Bühnentür des Theaters eine Dame heraus. Es war ein blondes, hochgewachsenes, schlankes Mädchen, in einem herrlichen Pelz gehüllt. Sie blickte Paul — an ihm langsam vorbeistrich — lange an. Dann blickte sie verstoßen und lächelnd nochmals zurück.

Paul Pethem war von dem Benehmen der Dame überrascht. Er gekraute sich nicht, den Fall zu zergliedern, da er Grundzüge hatte und fürchtete, gezwungen zu sein, an sich die ersten Anzeichen einer Untreue festzustellen. Zum Glück erschien da schon seine Frau. Paul Pethem küßte ihr galant die Hand, nahm sie unter den Arm, und sie gingen plaudernd heimwärts.

„Ich will dir etwas Interessantes erzählen. . . Soll ich es dir sagen?“ fragte die Frau schelmisch.

„Wie du willst!“

„Also gut, hör an. . . Es ist bei uns ein sehr schönes Mädchen. Eine Christin. Sie ist groß und blond. Sie heißt Else Kadar!“

Hier machte die Frau eine kleine Pause und blickte lächelnd auf ihren Mann. Paul Pethem aber erinnerte sich des Mädchens, das ihm vor einigen Minuten tief ins Auge geschaut hatte und auf welches die Beschreibung paßte.

„Sie kam eine Minute vor dir heraus!“

„Ja!“

„Elses Kadar fragte mich heute abend, wer jener hübsche schwarze Junge sei, so hat sie gefragt; wer jener hübsche schwarze Junge sei, der mich jeden Abend erwartet. Ich sagte ihr, es sei mein Mannchen. Und was ist sein Beruf? Ich sagte es ihr. Und bei welcher Zeitung? Auch das habe ich ihr gesagt.“

„Nur das wolltest du mir sagen?“

„Ja!“

„Dann sprechen wir also von etwas anderem.“

Mittlerweile waren sie daheim angelangt.

Paul Pethem aber träumte in dieser Nacht von einem blonden Mädchen, das sich ihm verliebt näherte. . .

### II.

Am nächsten Tag wurde er in der Redaktion zum Telefon gerufen.

Else Kadar meldete sich.

„Sie kennen mich zwar nicht, aber ich kenne Sie. Sie glauben es nicht? . . . Sie sind ein eleganter Junge mit brauner Gesichtsfarbe und schwarzen Haaren. Oh, ich habe Sie schon oft gesehen! . . . Wo ich Sie gesehen habe? Vor der Bühnentür. Sie pflegen dort auf Ihre Frau zu warten.“

„Es tut mir unendlich leid, daß ich noch nicht das Vergnügen habe, Sie zu kennen“, plapperte Paul Pethem glücklich.

„Haben Sie morgen vormittag Zeit?“

„Befehlen Sie über mich!“

„Also morgen vormittag, sagen wir: um halb elf im Café Florenz. Ich werde beim Fenster neben der Tür sitzen. Daß Sie aber bestimmt kommen!“

„Unbedingt!“

„Also . . . Auf Wiedersehen . . . Unbedingt!“

„Küß die Hand“, sagte Paul Pethem begeistert, und sein Gesicht glühte sehr.

Dann begann er die Sache zu zergliedern.

Er dachte an drei Möglichkeiten.

Erstens: Else Kadar ist tatsächlich in ihn verliebt. Zweitens: Else Kadar ist nicht verliebt, aber sie will ihre Kollegin, seine Frau, eifersüchtig machen. Und drittens: Else Kadar und seine Frau haben die Sache gemeinsam ausgeklügelt, damit er hineinpringe.

Nachdem er jedoch die Frage allein nicht endgültig entscheiden konnte, besprach er die Sache mit einem seiner Kollegen und bat ihn um seinen Rat.

### III.

Am nächsten Morgen sagte er zu seiner Frau, er müsse zur Generalprobe gehen und käme erst zu Mittag nach Hause.

Als er ins Kaffeehaus eintrat, sah Else Kadar schon an dem besprochenen Platz. Paul Pethem küßte dem Mädchen die Hand und sagte:

„Gestatten Sie, daß ich unser erstes Zusammenreffen schon als das zweite betrachte.“

„Das haben Sie schon und nach meinem Geschmack gesagt“, erwiderte das Mädchen. Dann lächelte sie ein wenig kokett.

„Sagen wir uns dochhin . . . ganz nach rückwärts . . . Dort kann man uns nicht sehen. Hier konnte Sie möglicherweise jemand erkennen und es Ihrer Frau verraten.“

Sie zogen sich in das Innere des Kaffeehauses zurück.

Else Kadar begann zu sprechen:

„Sie werden es wunderbar finden, daß ich Ihnen unbekannterweise telefonierte und . . .“

„Aber Elschen . . . Wir sind doch schließlich moderne Menschen!“

„Der Beweisgrund ist schlecht aber beruhigend, wie jede Lüge . . . Eigentlich weiß ich gar nicht, weshalb ich mit Ihnen bekannt werden wollte.“

Paul Pethem begann begeistert zu sprechen:

„Schauen Sie, Else . . . verzeihen Sie Ihre wunderbare Geste nicht dadurch, daß Sie sie zu begründen versuchen. Begreifen Sie sich damit, daß wir hier sind. Daß wir zusammengekommen sind. Jugendliche heißt: Macht hat uns zusammengeführt. Jugendliche heißt: ein großes Gefühl, das sich nicht genau bestimmen läßt, aus welchem aber aller Glanz und alle Schönheit entspringen. Die Liebe!“

„Und Paul Pethem neigte sich schon so nahe zu Else Kadar, daß er den Duft der Haare des Mädchens fühlte und heiß in sich einlag.“

### IV.

In diesem Augenblicke trat hinter seinem Rücken ein spöttisches Lachen, und eine Fremde packte ihn bei der Schulter.

„Hier findet also die „Generalprobe“ statt, mein Herr? Und bist du mit dem Erfolg zufrieden?“

Paul Pethem drehte sich um und erwiderte seine — Frau. Er erstarrte ein wenig. Aber erst für einen Augenblick. Die beiden Frauen lächelten, so begann er denn auch selbst gezwungen zu lachen.

„Ich gratuliere, Else“, sagte Frau Pethem.

„In was?“ fragte der Mann dumme.

„Ich habe mich Else gegenüber getraut, daß dich von meiner Seite keine Frau wegwerben kann. Else glaubte es nicht. Sie sagte, wenn ich es gestatte, wird sie es mir beweisen. . . Und sie hat es auch bewiesen“, sprach triumphierend die Frau, und Lächeln standen ihr in den Augen.



Jetzt sah Paul Pethem schon klar. Man hatte ihm also eine Falle gestellt. Die dritte Vermutung war also die richtige gewesen! Na, warie nur, jetzt ist an mir die Reihe, zu lachen! . . .

Und er entnahm seiner Tasche ein Schriftstück und hielt es seiner Frau hin:

„Lies!“

Die Frau nahm es in die Hand und las laut:

„Erklärung! Ich, Endesunterfertiger, bestätige hiermit wahrheitsgetreu, daß mein Kollege und lieber Freund Paul Pethem bestimmte Kenntnis von der rätselhaften Falle hat, die ihm seine liebe Gemahlin und das Fräulein Else Kadar gestellt haben. Nachdem nun mein Freund Paul Pethem noch niemals jemand eine Freude verdorben hat, geht er auf das Spiel ein. Ich halte es für meine Pflicht, dies im Interesse seines guten Rufes als Ehemann mit diesem Schriftstück zu bestätigen. Peter Kondor, Redakteur.“

Beide Frauen blickten einander an.

Dann — was konnten sie Klügeres tun — lachten sie zusammen mit Paul Pethem.

Einzige auf. Übersetzung von Maurus Rezel.

## Leberecht Pfiffig, der neue „Rat“.

Eine Skizze von Peter Loosen.

### I.

Plumps u. Ko. waren Amerikaner. Kam einige Monate waren vergangen, seitdem sie ihre Konkurrenzbande neben den Deutschen aufgemacht hatten. Und taten es heute schon als Spezialisten für Ausbentung der Arbeitskraft den deutschen Geschäftsfreunden gleich, wenn nicht gar vor. So lag die Sache, als Hermann dort um Arbeit nachfragte — und auch erhielt. Selbstames Walken des Schicksals! Aber — es war doch der untertarißliche Lohn, wozu sich Hermann hergegeben. Ja, wenn man schon seit Jahren arbeitslos war. . .

Hermann hatte sich in der Bude so gut eingelebt, wie es ging. Alles klappte wie am Schnürchen. Den Direktor verkörperte ein blaßer Herr Bubbele. Wenn der sich blicken und seine schmalen verschmigten Augen den Raum abmüßern ließ, bengtgen sich die Köpfe der Werkenden noch tiefer über die Arbeitsstücke, kante der Arm noch schneller, bewegten sich die Finger noch flinker. Und Herr Bubbele war zufrieden (stolzdem er es sich niemals anmerken ließ). Der „Betriebszählstige“ auch, denn der hatte leichtes Spiel und folglich eine gute Kammer bei Herrn Bubbele. Betriebsrat? Keine Spur! Tarif? Noch viel weniger! Arbeitszeit? Draußen standen tausend andere! Nur ein Mucksen, und man konnte Platz machen. Dies alles lastete wie ein unsichtbarer, aber schwerer Alp auf den Männern und Frauen bei der Firma Plumps & Ko. In den wenigen Monaten ihres Bestehens war die Arbeiterzahl schon auf zweitausend angewachsen.

Das ist ja ein ganz netter Anfang, sagte sich Leberecht Pfiffig, als er seinen Werkzeugkasten einordnete. Er hatte auch „nur“ vier Jahre daneben gesehen. Drum freute er sich jetzt doppelt, daß er wieder bei Brot und Lohn war. Lohn! Das Wortchen nagte in ihm. Er schien ihm reichlich hart bemessen. Aber das mußte sich ja ausweisen, wenn er den Tarifvertrag zu Gesicht bekommen würde. Noch heute wollte er den Betriebsrat anschauen. Mit dessen Hilfe sollte denn schon Arbeit geschaffen werden. Und wenn er deswegen wieder das Straßenpflaster mit seiner Werkbank vertauschen mußte. . .

### II.

„Sind Sie schon wieder da?“

„Ja!“

„Zum Teufel, was wollen Sie denn jetzt schon wieder?“

„Nachfragen, ob Sie die Wahl zum Betriebsrat eingeleitet haben, Herr Bubbele!“

„Anstun, gehen Sie an Ihre Arbeit!“

„Sie wissen, Herr Bubbele, daß Sie verpflichtet . . .!“

„Papperlapapp, ich weiß, was ich weiß, gehen Sie, fördern Sie nicht, Sie sind anständig!“

„Für alle Folgen haften Sie . . .!“

„Heim, gehen Sie, zum Donnerwetter!“

Leberecht zuckte die Schultern und ging. Sein lächelnd machte er die Türe zu. Nicht wie Herr Bubbele, der alle Loken einfach hinter sich zuwarf.

Die Firma Plumps & Ko. hatte keinen Betriebsrat! Leberecht war sehr erhoft über seine Mitkollegen, daß sie so etwas stillschweigend über sich ergehen ließen. Seit Tagen machte er die größten Anstrengungen, die Leitung des Werkes zur Einleitung der Betriebsratswahl zu bewegen. Immer stieß er auf Widerstand. Heute war es der letzte glückliche Versuch. Er wußte, daß sich Herr Bubbele eine große Verzeigung zuschulden kommen ließ durch diese Nachlässigkeit. Aber was half alles Gräßeln nach einer Verständigung. Hier mußten härtere Kräfte als Herr Bubbele zu wirken anfangen. Erst kürzlich hatte sich Leberecht von seinem soner verdienten Großden des Betriebsratsgesetz mit dem dazugehörigen Ratgeber für 1,20 Mk. aus dem Wobbelverlag in Leipzig angeschafft und gründlich durchgearbeitet. Leider konnte er die anderen Werke, die er so gern gehabt hätte, nur entleihen.

Herr Bubbele schien tatsächlich eine herbe Belohnung zu verdienen. Sagte § 1 des B.G. doch klar und deutlich, in allen Betrieben und Betriebsstätten zu errichten. Nun sollte Herr Bubbele sein blaues Wunder erleben. Der § 23 wies unzweifelhaft aus, daß sämtliche Arbeitgeber, wie es in diesem Falle war, vor dem Arbeitsgericht zur Reuehaftigkeit gezwungen werden sollten. Noch heute wollte Leberecht zu seiner Gewerkschaft hingehen, damit diese die notwendigen Maßnahmen trafte.

### III.

Drei geschlagene Stunden wogte die Redeschlacht in der Betriebsratsführung hin. Leberecht war Vorsitzender geworden. Sein Gesicht strahlte. Alle Betriebsratsmitglieder waren erschienen. Er hatte sie alle ordnungsgemäß (§ 32) eingeladen, um, wenn erforderlich, rechtsgültige Beschlüsse fassen zu können, auch wenn weniger anwesend gewesen wären. Herr Bubbele grölte. Ein Viertel der gewählten Belegschaftsvertreter (§ 29) hatten die Sitzung beantragt, folglich mußte Leberecht stattgeben. An der Stirnseite des Tisches saß Hermann und schrieb eifrig. Er war der „Schriftgelehrte“ des Betriebsrats und setzte seinen ganzen Stolz darein, musterhafte Niederchriften (§ 33) der Verhandlungen anzufertigen.

Es ging um etwas ganz „Gewaltiges“! Es sollte eine Arbeitsordnung geschaffen werden (GewOrd. 134a). Herr Bubbele, der auch anwesend war, da man ihn eingeladen (§ 29 B.G.) hatte, gab sich redlich Mühe, den nach seiner Meinung „dornigen“ Arbeitnehmervertretern „klar“ zu machen, daß das „tatsächlich“ für die Wirtschaft „untragbare Lasten“ seien. Es wäre soweit alles nach seinen Wünschen gegangen, wenn die „Droschköpfe“ nicht doch etwas besser Bescheid gewußt hätten.

Ein Wort gab das andere. Ganz besonders unser Leberecht ritz wahre Attacken. Seine Freunde im „Rat“ sahen ihn fast bewundernd an. Woher mochte dieser Leberecht dies alles wissen? Am meisten verwunderte es sie, daß er allen Einwänden des Direktors so schlagfertig entgegentrat. Leberecht verkörperte von oben bis unten ein lebendes Gesetzbuch. Die Arbeitsrechtspargraphen schien er mit der Muttermilch eingesogen zu haben, so kunstgerecht ging er damit um. Er, der Arbeiter, und so pfiffig! Kam hatte Herr Bubbele eine Behauptung aufgestellt, brachte ihm Leberecht schonend die Beweise der Unhaltbarkeit seines Gesagten bei. Wenn dann der verstörte Herr Bubbele, der sich in dieser ersten Betriebsratsführung ein wenig mehr Zurückhaltung auferlegte als im Betrieb beim Verkehr mit den Arbeitern, fragte, wieso und warum, wartete Leberecht mit einer ganzen Flut von Paragraphen und Gerichtsentscheidungen auf, die Herr Bubbele nicht zu entkräften vermochte.

### IV.

„Hallo, mein lieber Leberecht, endlich habe ich dich erwischt!“

Zwei Männer, noch ganz staubig und ruhig von der Arbeit, begrüßten sich herzlich, setzten gemeinsam ihren Weg fort und unterhielten sich lebhaft.

„So, wissen willst du, wo ich meine Kenntnisse her habe?“

„Kolossal hat uns deine Schlagfertigkeit in der Betriebsratsführung frapportiert. Sag, wo hast du das alles her?“

„Auswendig gelernt!“

„Nicht möglich!“

„Doch, laß dir erzählen! Aus unserer Verbandsbibliothek entlieh ich mir alle vorhandenen Bücher über das Arbeitsrecht. Gewaltige Arbeit war das, diese durchzuarbeiten — — —“

„Durchgearbeitet hast du sie alle?“

„Das scheint dir ja sehr unglaubwürdig zu sein!“

„Nein, nein, Leberecht, berichte weiter!“

Leberecht griff in seine Rocktasche und holte ein kleines in Leder gebundenes dickleibiges Notizbuch hervor und durchblätterte es. Seite für Seite war eng, aber sauber und deutlich beschrieben. Hier mit roter Tinte, dort mit grüner, schwarzer, blauer, überhaupt in fast sämtlichen Farben schillernd.

„Sieh, Bruno“, hub Leberecht wieder an, „du wirst verstehen, daß ich mich während der Arbeit nicht gut mit den dicken Büchern abgeben konnte. Darum hab ich mir dies hier gemacht, worin sich während der Arbeit leichter ein Blick hineinwerfen läßt. Dabei bin ich von dem Gedanken ausgegangen, daß es für mich wichtiger war, zu wissen, wo sich in den dicken Bänden die für uns verwendbaren Paragraphen befinden, damit ich sie bei passender Gelegenheit sofort bei der Hand habe.“

Drum hab ich mir in diesem kleinen Taschenbüchlein, das mir schon unzahlbare Dienste erwiesen, die einzelnen Abteilungen des Arbeitsrechts ganz nach meinem Geschmack eingeteilt. Zum Beispiel: Mehrarbeit, und dahinter in Klammern ArbZVO, § 9, nicht über zehn Stunden. Dann: an dreißig Tagen, und dahinter wieder in Klammern ArbZVO, § 3. Hinter den Paragraphen habe ich dann noch die Seitenzahl des betreffenden Buches vermerkt. So machte ich es mit allem, was für uns Wichtigkeit hat: Überarbeit, Tarifvertrag, Arbeitsgerichte, Arbeiterinnen, Anzeigepflicht, Arbeitsordnung, Lohn, Schiedssprüche, Schadenersatz, Lehrlinge und vieles andere. Im Laufe der Zeit prägen sich mir dann ganz automatisch die Stellen ein, wo die betreffenden Paragraphen in den Gesetzbüchern zu finden sind, so daß ich das kleine Heftchen jetzt fast gar nicht mehr brauche. Meine größte Freude kannst du dir da vorstellen, wenn ich dem alten Bubbele Tatsachen vorhalten kann, und er mir nur unbeweisbare Nichtigkeiten.“

„Du sagst, du brauchst das kleine Büchlein jetzt fast nicht mehr, Leberecht?“ fragte der andere stockend.

„Nein, lieber Bruno, nur noch sehr wenig! Aber ich verleihe es nicht! Du würdest sonst nur sehr oberflächlich die ganze Arbeit machen und überhaupt gar keinen Gewinn davon haben!“

„Ich verstehe, Leberecht! Du bist doch ein wahrhaft pfiffiger Kerl!“

## Humoristische Ecke.

Die schöne Frau Mama.

Da war in München ein junger Leutnant, der hatte eine Frau Mama gehabt, eine auffallend schöne und jugendliche Dame, und die hatte sich eines Tages beim Herrn Leutnant in seiner Leutnantsbude zum Kaffee angefangt.

Der Leutnant sagt zu seinem Burtschen: „Jackel, du mußt alles sauber zusammenräumen, meine Frau Mama kommt heute zum Kaffee.“

Der Jackel sagt die Leutnantsbude blitzblank, deckt den Tisch, es klingelt draußen, er macht auf, sieht die schöne junge Frau und sagt: „Fräulein, heut' ist nichts zu machen, heut' kommt die Alte.“

Das einfachste Mittel.

Mein Freund, der Krampfaderntoni, weiß immer eine vorteilhafte Kapitalanlage für mich. Er hat auf dem Südbahnhof einen Waggon Seife stehen, den läßt er mir aus Freundschaft billig ab, ein faßbares Geschäft könne ich damit machen. Gut, ich gebe ihm als Kaufpreis meine ganzen Ersparnisse, nachdem ich noch 20 Mille heruntergehandelt habe, laufe ich auf den Südbahnhof und frage nach meiner Seife. Niemand weiß etwas von einem Waggon Seife. Ich renne sofort zu meinem Freund Toni und sage: „Mensch, da ist ja gar kein Waggon Seife da, was soll ich denn machen?“

„Kindvieh, weiterverkaufen“, sagt der Toni.

Der kluge Rekrut.

In der Instruktionsstunde fragt der Unteroffizier einen Rekruten mit dem poetischen Namen Knatschke: „Nun, Knatschke, brauchen Sie sich das gefallen zu lassen, wenn ich Sie einen Esel nenne?“

„Nein, Herr Unteroffizier.“

„Und wenn Sie es sich nicht gefallen lassen, welcher Weg steht Ihnen dann jederzeit offen?“

„Der Weg ins Loch, Herr Unteroffizier.“